

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *CSU-Parteitag: Neues aus der Ordnungszelle Bayern – Seite 4*
- *Illegales CIA-Gefängnis in den Coleman Barracks Mannheim-Sandhofen? – Seite 8*
- *Nürnberg: Tausende verhindern NPD-Aufmarsch – Seite 12*
- *IG Metall startet neue Folge des „Tatorts Betrieb“: Alternsgerechte Arbeiten – Seite 16*
- *Die Stadt ein / kein Konzern – Ein Blick auf die Anfänge Münchens – Seite 18*

Ausgabe Nr. 21 am 20. Oktober 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - **Alfred Küstler**, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €. Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

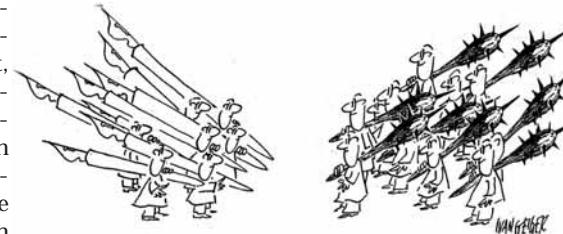
Arroganz der Macht erhält einen Dämpfer

Kurz nach der letzten Bundestagswahl hatte der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz in der ZDF-Sendung „Mona Lisa“ und im „Hamburger Abendblatt“ die Linkspartei PDS als „verfassungsfeindlich“ zu diskreditieren versucht, indem er mich als seinerzeitige Landessprecherin in Verruf brachte. In einer Presseerklärung des ZDF las sich das so: „In Hamburg steht an der Spitze der Linkspartei mit Christiane Schneider eine frühere Funktionärin des Bundes Westdeutscher Kommunisten, die heute für die Herausgabe des so genannten Gefangeninfos verantwortlich zeichnet. Der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Heino Vahldieck, erklärte in ‚ML Mona Lisa‘, in dem Organ würde jegliche Art von politisch motivierter Aktion, auch von gewalttätigen terroristischen Aktionen‘ gerechtfertigt und ‚man identifiziert sich mit den Tätern‘.“

Fast ein Jahr später hat das Hamburger Verwaltungsgericht der Klage des GNN-Verlags Hamburg/Schleswig-Holstein auf Unterlassung dieser Behauptungen stattgegeben. Die Klage war angestrengt worden, weil die diskreditierenden und auf Einschüchterung zielenden Behauptungen Herrn Vahldiecks das Grundrecht der Pressefreiheit verletzen. Dieser Auffassung schloss sich das Gericht offensichtlich an. Das Urteil liegt noch nicht schriftlich vor, zurzeit ist auch nicht bekannt, ob das Gericht an der Ankündigung im Verfahren festgehalten hat, keine Berufung zuzulassen.

Die Verwaltungsgerichtsverhandlung, an der Vahldieck (CDU) persönlich teilnahm, verstärkte den Eindruck, dass der Verfassungsschutzpräsident mit der Arroganz der Macht sein Amt zum politischen Meinungs- und Parteienkampf benutzt. Das wurde schon in der „Mona Lisa“-Sendung ersichtlich, in der es um „Enthüllungen“ über politische Biografien von gerade in den Bundestag eingezogenen linken Abgeordneten ging, die die „Verfassungsfeindlichkeit“ der Linkspartei belegen sollten. Offensichtlich bestrebt, auch etwas beizutragen, brachte Vahldieck willkürlich das „Gefangen Info“ ins Spiel, und zwar mit Behauptungen, die implizit den Vorwurf von Straftaten beinhalteten und die von der durchschnittlichen Fernsehzuschauerin in keiner Weise überprüft werden konnten, ebenso wenig wie die im „Hamburger Abendblatt“ wiederholten Behauptungen vom Leser überprüfbar waren. Behauptungen, die das Springerblatt reißerisch zur Schlagzeile: „PDS-Sprecherin unter Verdacht“

aufgemotzt hatte. Im Verfahren nahm Vahldieck – ob unbedarf oder von der Macht verblendet – das Recht für sich in Anspruch, erstens in seiner Funktion öffentlich seine Meinung äußern zu können und zweitens, wenn er in ein Mikrofon spreche, seine Worte nicht auf die



Angriff auf Pressefreiheit abgewendet

Goldwaage legen zu müssen. Hier musste er sich vom Gericht belehren lassen, dass einem Verfassungsschutzpräsidenten zusteht, eine Bewertung abzugeben, nicht aber eine Meinung zu äußern. Sofern seine Behauptungen über das „Gefangen Info“ als Bewertung zu verstehen sind, blieb er mit den dem Gericht vorgelegten „Gefangen Infos“ eine nachvollziehbare Begründung schuldig. Dass er seine eigenen Behauptungen nicht wirklich ernst meint, sondern zu einem politischen Zweck in der Öffentlichkeit platziert hatte, geht im Übrigen schon aus der Tatsache hervor, dass das „Gefangen Info“ im Hamburger Verfassungsschutzbericht nicht erwähnt wird. Auf den entsprechenden Hinweis ließ sich Vahldieck zu dem Zwischenruf hinreißen: „Das können Sie haben.“

In einer Zeit, in der international und auch in diesem Land Tendenzen enorm erstarken, die Grundrechte der Person dem „Anti-Terror-Kampf“ zu opfern, war das Urteil trotz offensichtlichen Sachverhalts nicht von vornherein klar. Man kann es als wichtigen Erfolg werten.

Christiane Schneider

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Steuer- und Abgabenquote so niedrig wie 1972

Handelsblatt, 12.10. rül. Die Deutsche Steuer- und Sozialabgabenquote, d.h. das Steueraufkommen plus das Aufkommen aus Sozialversicherungsabgaben, gemessen in Prozent des Bruttoinlandprodukts, lag 2004 auf einem extrem niedrigen Niveau. Während im Durchschnitt aller OECD-Staaten diese Quote von 1995 auf 2004 von 35,1 auf 35,9% stieg, fiel sie im gleichen Zeitraum in der Bundesrepublik von 37,2% auf 34,7%. Damit lag das Niveau an Steuern und Sozialabgaben – verglichen mit der wirtschaftlichen Leistung – in der Bundesrepublik so niedrig wie zuletzt 1972. Das geht aus einer internationalen Studie der OECD hervor. Im OECD-Raum, so die Studie, sei die Steuer- und Abgabenquote in dieser

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Zeit nur in den Niederlanden stärker gesunken als in Deutschland. Indirekt bestätigt die Studie gleich zwei Kritikpunkte der Gewerkschaften an der deutschen Steuerpolitik – zum einen an der Behauptung, Steuersenkungen führten zu mehr Wachstum und einem Abbau der Arbeitslosigkeit, eine Falschbehauptung, die inzwischen auch in der Union umstritten ist, zum zweiten an den Forderungen der Unternehmer nach weiteren Steuersenkungen zu ihren Gunsten. Das ständige Klagen der Unternehmer und ihrer Verbände über die angeblich hohe deutsche Abgabenlast findet keine Bestätigung in der Wirklichkeit. 2007 dürfte die deutsche Steuer- und Abgabenquote durch die Anhebung der Mehrwertsteuer und die Streichung bzw. Kürzung von Eigenheimzulage, Pendlerpauschale usw. wieder steigen. Die soziale Schieflage im Steuer- und Abgabensystem dürfte durch die von der großen Koalition geplanten neuen Senkungen der Unternehmenssteuern dagegen weiter zunehmen.

SPD-Attacke auf Minijobs

Handelsblatt, 11.+12.10. rüL Die SPD-Bundestagsfraktion will die subventionierten Minijobs deutlich einschränken. Ihr arbeitsmarktpolitischer Sprecher Klaus Brandner kündigte in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“ an, die sog. „Minijobs im Nebenerwerb“ sollten künftig nicht mehr möglich sein. Gemeint sind Jobs, bei denen regulär Beschäftigte zusätzlich zu ihrem regulären Job noch einen Minijob haben. Für diesen Minijob müssen sie bisher nur den ermäßigten Abgabensatz von 30% für Versicherung und Steuer zahlen. Die Gewerkschaften fordern schon lange, diese Minijobs abzuschaffen, da sie darin vor allem eine Subvention für Lohndrückerei sehen. Bundesweit haben derzeit etwa 1,8 Millionen Menschen solche „Mini-Nebenjobs“, d.h. eine regulären Job plus einen Minijob, vor allem in Branchen, in denen ohnehin keine menschenwürdigen Löhne gezahlt werden. Das sind ein Viertel aller Minijobber. Auch der Sachverständigenrat hatte unlängst gefordert, solche Minijobs abzuschaffen, da sie nicht dem Abbau von Arbeitslosigkeit oder von Schwarzarbeit dienten, sondern ein steuerlich subventionierter Zusatzverdienst für regulär Beschäftigte seien. Außerdem überlegt die SPD, die sog. „Geringfügigkeitsschwelle“, bis zu der der ermäßigte Abgabensatz von 30% gilt, von 400 auf 200 Euro zu senken. Bei Einkommen über 200 Euro würde dann die Abgabenlast schrittweise auf die regulären Versicherungs- und Steuersätze angehoben. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) protestierte gegen die SPD-Überlegungen sofort. Im Einzelhandel hätten 180.000 der

800.000 Minijobber solche Nebenerwerbs-Minijobs.

Neue Runde um die EU-Arbeitszeitrichtlinie

FAZ, 14.10. hav Der seit zwei Jahren schwelende Konflikt über die Neuregelung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie geht in eine neue Runde. Die Mitgliedstaaten wollen am Freitag am Rande des EU-Sondergipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs im finnischen Lahti einen Durchbruch in der festgefahrenen Debatte erzielen. Das teilte die Ratspräsidentschaft aus Finnland mit. An dem Treffen zur Arbeitszeitrichtlinie sollen neben dem Ratspräsidenten Finnland und der Europäischen Kommission Deutschland und Portugal teilnehmen, die im Jahr 2007 die Ratspräsidentschaft übernehmen. Die Neufassung der Richtlinie, die etwa regelt, wie lange Menschen in der Woche arbeiten würden, ist bisher auch am Widerstand der Deutschen und Briten gegen die geplante generelle Höchstarbeitszeit von 48 Stunden je Woche gescheitert. Die beiden Staaten beharren darauf, für einige Branchen davon abweichen zu können. In der Debatte über Bereitschaftsdienste haben sich die EU-Staaten indes weitgehend geeinigt. Hier soll in Zukunft zwischen aktivem und inaktivem Dienst unterschieden werden. Nur aktive Dienste sollen als Arbeitszeit gelten. Die EU musste die alte Richtlinie ändern, weil der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg 2004 entschieden hatte, dass die Bereitschaftsdienste in Krankenhäusern als Arbeitszeit anerkannt werden müssen.

EU uneins über Sanktionen gegen Weißrussland

Der Standard, 10.10. hav Der Europäischen Union ist es nicht gelungen, sich auf Handelssanktionen gegen Weißrussland zu einigen. Eine entsprechende Initiative Großbritanniens, Frankreichs und der skandinavischen Länder sei von Weißrusslands Nachbarn Polen, Lettland und Litauen blockiert worden. Die Befürworter einer Aufhebung von Handelsprivilegien wollten schon bestehenden Sanktionen gegen Weißrussland mehr Kraft verleihen. Das Argument gegen die Sanktionen sei, dass sie mehr den weißrussischen Bürgern schaden würden als der Regierung Lukaschenkos, sagte ein litauischer Diplomat. Eine entscheidende Rolle bei der Abstimmungsniederlage spielte Diplomaten zufolge Italien, das mit seiner Enthaltung eine Sperrminorität der Sanktionsgegner ermöglichte. Dies sei ein klassisches Beispiel für den Kuhhandel gewesen, der bei Abstimmungen in der EU praktiziert werde, sagte ein Diplomat. Mit der Enthaltung habe sich Italien die Unterstützung Polens und Li-

tauens bei einem Votum über Zölle auf Lederschuhe aus China und Vietnam gesichert. Auch Griechenland und Zypern waren gegen die Sanktionen gegen Weißrussland, die Tschechische Republik enthielt sich ebenfalls. Geeinigt haben sich die EU-Mitglieder einem polnischen Diplomaten zufolge dagegen im Grundsatz darauf, vier weiteren Weißrussen die Einreise in den Block zu verbieten. Diese Entscheidung solle bei einem Treffen der EU-Außenminister in diesem Monat verkündet werden. Mit Lukaschenko ist bereits jetzt insgesamt 31 Weißrussen die Einreise in die EU untersagt. Die anderen vier waren maßgeblich an einem umstrittenen Prozess gegen einen weißrussischen Oppositionellen beteiligt.

Kompetenzen der EU-Grenzschutzagentur Frontex sollen ausgeweitet werden

www.german-foreign-policy.com, 9.10. hav Rund ein Jahr nach der Arbeitsaufnahme der EU-Grenzschutzagentur Frontex am 3. Oktober 2005 verlangt Innenminister Schäuble neue Kompetenzen für die in Warschau angesiedelte Behörde. Der CDU-Politiker kündigte an, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 sowie die beiden folgenden Ratspräsidentschaften (Portugal und Slowenien) zu nutzen, um einen „zusätzlichen regionalen Schwerpunkt“ der Flüchtlingsabwehr in den „östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der EU“ aufzubauen. Die Behörde, in der gegenwärtig drei Beamte der Bundespolizei in den Bereichen „Einsatz/Operation“, „Risikoanalyse“ und „Aus- und Fortbildung“ tätig sind bereitet derzeit ihren zweiten größeren Einsatz vor („Jason I“). Er soll die Flüchtlingsjagd vor der libyschen Küste intensivieren. Dem Vorhaben gingen neben der gegenwärtigen Frontex-Operation vor der afrikanischen Westküste („Hera II“) bereits mehrere EU-Maßnahmen im Mittelmeer und vor den Kanarischen Inseln voraus, die erste Erfahrungen beim Aufspüren und Anhalten von Bootsfüchtlingen ermöglichten. An den „Operationen Guanarteme I und II“, in deren Rahmen bereits Anfang 2005 und Anfang 2006 Migranten vor den Kanarischen Inseln aufgegriffen wurden, war die Bundespolizei ebenso beteiligt wie an der Durchsuchung von Handelsschiffen in der Adria im vergangenen Jahr („FerIAS II“), an der Überwachung spanischer Gewässer im Juni 2005 („Alhambra“), an der Errichtung von Seegrenzkontrollen im südlichen Mittelmeer („Triton III“) und an weiteren Maßnahmen („Neptune IV“, „Delfin I“). Hinzu kamen Einsätze auf bilateraler Grundlage wie die Entsendung von Bundespolizisten auf die italienische Mittelmeerinse Lampedusa im August 2006.

Neues aus der Ordnungszelle Bayern

Ein Spezialproblem im Ein-Parteien-Staat

In der breiten Öffentlichkeit hatte der Parteitag der CSU letzte Woche in Augsburg nur wenig Aufmerksamkeit, und wenn doch, so überschattete die Frage nach dem Ende der Karriere Stoibers alles andere. Die Frage stellt sich offenbar nicht nur parteiintern. In landesweiten Umfragen ergaben sich pünktlich zu dessen 65ten Geburtstag für den Ministerpräsidenten schwächere Werte der Zustimmung als für die Partei. In Presse, Funk und Fernsehen werden Leute von der Straße mit dem Vorschlag zitiert, der Mann solle sich zur Ruhe setzen. Repräsentative Demokratie heißt: Übertragung von Macht auf Zeit. Wenn, wie es im verfestigten Ein-Parteien-System Bayerns der Fall ist, die personelle Erneuerung nicht im Austausch von Regierung und Opposition vor sich geht, so in der Folge der Generationen. Da in der Politik durch gemeinsame Biografie geprägte Arbeitszusammenhänge große Bindeglieder haben, begeben sich nicht tropfenweise einzelne Leute in den Ruhestand, man spricht deswegen vom Generationswechsel. Ursprünglich hatte die Generation im Wartestand gehofft, dass der amtierende Ministerpräsident nach Oben entschwaben würde, dann hätte sich das Problem optimal gelöst, nämlich durch Vermehrung sämtlicher Karrierechancen. Stoiber blieb und muss nun durch innerparteiliches Vorgehen gestürzt werden. Da der Landtag in Bayern im Herbst 2008 gewählt wird, musste die CSU bei dem Augsburger Parteitag abtasten, ob die Generation Stoiber noch vor dieser Wahl zu stürzen sei oder erst danach. Solche Prozesse entwickeln sich nicht in der Plenardiskussion und nicht in den Arbeitsgruppen. Man spricht miteinander, und es kommt zu einer Meinungsbildung, die nach außen getragen wird. In diesem Falle: „Stoiber hat noch viel Energie ...“. Und in diesem „noch“ steckt es. Die zur Beschreibung politischer Vorgänge so beliebt gewordenen Bilder aus der Welt des Sports müssten hier aus Sparten wie Jahrmarktsboxen oder Stierkampf gezogen werden. Trotzdem: Die Partei will den Landtags-Wahlkampf mit der Generation Stoiber bestreiten, aber die Frist läuft. Solche Vorgänge entwickeln leicht Eigendynamik. Deswegen bleibt die Spannung.

Das neue CSU-Programm

Unter der Leitung von Alois Glück, der lange Jahre Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion war und jetzt Landtagspräsident ist, hat sich die CSU an die Erneuerung ihres Grundsatzpro-

gramms gemacht und tatsächlich eine neue strategische Formel entwickelt. Das Zauberwort kündet von der „solidarischen Leistungsgesellschaft“, in der „Chancengerechtigkeit und verlässliche Solidarität eine Klammer (bilden), die eine starke Leistungskultur mit einer starken Sozialkultur verbindet“. Die Formel vermeidet die platten Verbindungen von „Leistung“ und „Lohn“. Leistungsbereitschaft hat in diesem von christlicher Tradition geprägtem Denken eine wesentliche Wurzel in der Selbstachtung der Person, aufgefasst als eigenverantwortlicher Umgang mit den „Gablen“ des „Schöpfers“. Die so aufgefasste Leistungskultur beurteilt Leistung nicht nur nach dem Output, genauso bedeutsam ist, ob jemand sein Mögliches tut. Aus diesen Kriterien lassen sich zwei verschiedene Verteilungsgrundsätze legitimieren: Nach der wirtschaftlichen Effektivität, die durch das Marktgeschehen gewährleistet wird, und nach der individuellen Anstrengung, die durch die politischen Institutionen des Sozialstaates beurteilt wird.

Die CSU regiert damit auf ein sehr reales Problem der Moderne, die den Menschen von Mitteln zur Verwirklichung des Lebens weitgehend entblößt hat. Fast niemand erwirbt seinen Unterhalt mit eigenen Produktionsmitteln, in isolierter Auseinandersetzung mit unerbittlichen Naturkräften. Alles individuelle Leben geschieht in arbeitsteiligen Zusammenhängen, zu denen das Individuum zugelassen werden muss und von denen es ausgeschlossen werden kann.

Auf dieses Problem gäbe es auch eine Antwort mit Blick auf menschliche Freiheit; sie erweitert die Menschenrechte um einen Anspruch auf Güter, die als Ausgangsbasis individueller Entwicklung begriffen werden. Wer glauben wollte, dass die CSU mit ihrer strategischen Formel einen Schritt in diese Richtung macht, würde fehl gehen. Es handelt sich vielmehr um ein System, das die Anforderungen des Arbeitsmarktes um ein System sozialer Kontrollen ergänzt, das diejenigen belohnt, die guten Willens sind, und sich logischerweise nicht scheuen darf, Abirrennde auf den rechten Weg zu treiben.

Schwerpunkt Familie

Die CSU ist zu der Auffassung gelangt, dass neben der modernen, auf den Anspruch gleichen Rechts auf berufliche Entfaltung gegründeten Partnerschaft auch das tradierte Modell der Familie Bestand haben wird, das auf Arbeitsteilung der Geschlechter beruht.¹ Danach wird die Familie als soziales System von

der Mutter zusammengehalten, die nach dem Dichterwort des 19ten Jahrhunderts „drinnen waltet“, während der Vater an der Schnittstelle zur Außenwelt steht, also „hinaus muss“ ins „feindliche Leben“. Diese weitreichende Beurteilung liegt vor, wenn die CSU sagt, sie werde an dem Ehegattensplitting festhalten. Denn es ist die steuerliche Bevorzugung der Verheirateten, die derartige Arbeitsteilung für breitere Kreise immer irgendwie möglich macht. Der nebenstehend dokumentierte Auszug des „Lieds von der Glocke“ zeigt nicht nur den scharfsinnigen Blick des Dichters für die Palette geschlechtsspezifisch differenzierten Verhaltens. Offensichtlich wird auch, dass sich auf der Bühne etwas geändert hat, denn die Familie ist heute nicht länger ein sozialer Verband, der mit eigenen Produktionsmitteln wirtschaftet. Woher nimmt die CSU ihre Sicherheit?

Wollte man sich auf das in der Abteilung Grundsätze entwickelte Begriffs-paar „Leistungskultur“ und „Sozialkultur“ einlassen und unter diesem Gesichtspunkt geschlechtsspezifische Verhaltensweisen zuordnen, drängt sich eine Parallele zu der Unterscheidung zwischen familialer Innenwelt und wettbewerbsorientierter Außenwelt auf.

Dokument 1

Wir haben als CSU die Interessen aller Familien in unserem Land erfolgreich geschützt. Wir treten für den Schutz aller Familien ein. Wir wollen nicht, dass ausgerechnet die, die sich zu Hause um ihre Kinder kümmern und sie erziehen, auch noch benachteiligt werden. Deshalb haben wir in Berlin mit Erfolg gekämpft, dass alle Eltern von der steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten profitieren und nicht nur die berufstätigen Eltern. Und deshalb haben wir mit Erfolg dafür gekämpft, dass das Elterngeld ein Jahr lang allen Eltern bezahlt wird, unabhängig davon, ob der Vater oder die Mutter beim Kind ist. Nach einem Jahr Regierungsbeteiligung in Berlin sage ich voller Überzeugung:

Ohne die CSU würde es den Schutz von Ehe und Familie in unserem Land so überhaupt nicht mehr geben. Die CSU ist der einzige verlässliche politische Garant, dass es bei diesem Schutz von Ehe und Familie bleibt.

Erlauben Sie mir hier auch noch eine ganz persönliche Anmerkung: Ich weiß sehr genau, welche Leistung Millionen Hausfrauen und Mütter Tag für Tag erbringen. Die CSU wird es niemals zulassen, dass diese Lebensleistung nicht mehr den Respekt und die Anerkennung erhält, die sie verdient.

Lange Jahrzehnte hat der Konservatismus und namentlich die CSU versucht, die Gleichberechtigung der Frauen zu verhindern oder wenigstens zu unterlaufen. Die Wählerinnen haben das nicht vergessen. Was die CSU jetzt versucht, ist etwas anders. Sie hat den Grundsatz der Chancengerechtigkeit anerkannt und kann damit den Verdacht abwenden, der gewaltsamen Verfrachtung der Frau in die Familie zu frönen. In ihrer Politik besteht sie gleichzeitig darauf, einen Lebensstil zu ermöglichen, der die Fortsetzung der tradierten Geschlechterrollen unter neuen Verhältnissen wählt, und sei es auch nur in Lebensabschnitten.

Mit diesem Ansatz verspricht die CSU den Vielen, die ihr Leben in solchen Traditionen geführt haben, materiell Schutz und ideell Anerkennung. Das ist ein großes, aber schrumpfendes Reservoir. Gleichzeitig zapft man damit Potentiale an, denn die Tendenz, nach dem Geschlecht differenzierte Lebenswege unter der Bedingung von Gleichberechtigung zu beschreiten, besteht ohne Zweifel in der Moderne fort.

Schwerpunkt Bildung

Neben dem Erbrecht, das sowieso nicht zu Debatte steht, sorgt auch die so genannte „Leistungskultur“ für eine starke Differenzierung der Gesellschaft. Lässt sich auch irgendwie noch begründen, dass jeder seines Glückes Schmied und dies der Preis der Freiheit sei, so lädiert die Ungleichheit der Lebensumstände der Kinder jedes Gefühl für Ge-

rechtigkeit. Auch den besser bis gut gestellten Schichten entstehen darauf Erziehungsprobleme. Wenn Kinder mit dem sprichwörtlichen goldenen Löffel im Mund geboren werden, kann es leicht geschehen, dass sie nichts lernen, außer zu essen, und das kann zu wenig sein. Ohne „Chancengerechtigkeit“ keine „Leistungskultur“. Gleichzeitig ist das Streben nach schichtenspezifischer Reproduktion eine gewaltige gesellschaftliche Kraft. Um diese gegensätzlichen Tendenzen zu versöhnen, müssen Verfahren her, die a) innerhalb des Bildungssystems für Chancengerechtigkeit sorgen und b) Leistungen von außerhalb, in der Regel durch die Familien, als selektierende Kraft wirken lassen. Unter dem Grundsatz a) geht die CSU auf ihrem Augsburger Parteitag so weit, mit der Einführung von Schuluniformen zu sympathisieren. Unter dem Grundsatz b) beharrt sie auf dem differenzierenden und klassifizierenden Bildungssystem², dessen Notwendigkeit nicht aus sozialen Vorgaben sondern aus der Menschenatur begründet werden kann. Für die Schulorganisation wichtig ist, dass innerhalb des Unterrichtssystems Chancengerechtigkeit besteht. Das faire Gewicht, die Chance, die Chance wahrzunehmen, kann im Unterrichtsgeschehen ja nicht mehr zur Debatte stehen.

Die Hauptschule und die berufliche Bildung

Die Bildungspolitik der CSU bezieht ihren einen Impuls aus Anforderungen der

Wirtschaft, die darauf verweist, dass der effektive Einsatz der modernen Produktionsmitteln ein hoch entwickeltes Arbeitsvermögen fordert, das im industriellen Arbeitsprozess nicht erworben werden kann, sondern als Leistung durch Schule und Hochschule erbracht werden muss. Im Kern geht es um die Fähigkeit, die im Berufsleben dann zugeteilten Abschnitte des Arbeitsprozesses im Rahmen von Vorgaben, aber doch eigenständig zu bewältigen. Die moderne Arbeitskraft soll sich durch Zugriff auf Wissensquellen im Arbeitsprozess orientieren. Darauf soll Schul- und Hochschulunterricht vorbereiten.

Dennoch geht die CSU davon aus, dass im Wirtschaftsprozess auch künftig viele Funktionen benötigt werden, die am besten in der Praxis angeeignet werden. In diesem Zusammenhang hält sie an dem Bildungsgang Grundschule – Hauptschule – Berufsschule – (Meisterschule) fest, wobei sie Forderungen nach Durchlässigkeit der Bildungswege entgegenkommt. Allerdings betrachtet die CSU die Hauptschule nicht, wie es sonst oft üblich ist, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt, wie man da herauskommen könnte. Sie propagiert vielmehr deren Berufsorientierung und Berufsnähe, auch durch direkte Kooperation mit der Welt der Wirtschaft, sei es durch Einbeziehung von „Meistern“ in den Unterricht, sei es durch Praktika.

Es ist gut möglich, dass auf diesem Wege tatsächlich etwas gelingt, nämlich dass sich die Betriebe mit den Hauptschülerinnen und Hauptschülern anfreunden, während diese aus ihren Begegnungen mit der beruflichen Welt Impulse zum Lernen ziehen könnten. Die CSU sieht offenbar im langsamen Verschwinden der Tradition der Wissensvermittlung durch Lernen in der Praxis einen Verlust und versucht eine neue Kombination von Schule und Wirtschaft. Bei der Beurteilung dieses Ansatzes sollte man es sich nicht leicht machen.

Herz und Charakter

Einen anderen Impuls zur Änderung bezieht die Union aus den Anforderungen der Eltern. Sie lässt sich zähneknirschend, aber dennoch darauf ein, auch den Frauen eine berufsorientierte Lebensplanung zu zuzugestehen und mit der Ganztagschule etwas dazu zu tun.

Die damit verbundene Verlagerung von Erziehungs- und Bildungsaufgaben aus dem Bereich der Familie in den Bereich des Schulwesens nimmt die CSU-Bildungspolitik allerdings zum Anlass, die öffentlichen Schulen als christliche Bekenntnisschulen zu bestimmen. Es gehe nicht nur um Wissens-, sondern auch um Wertevermittlung. „Die CSU hält fest am Religionsunterricht in den Schulen und den Kruzifixen in den Klassenzimmern. Wir halten fest an den christlich-abendländischen Wertetra-

Denn wo das Strenge mit dem Zarten,
Wo Starkes sich und Mildes paarten,
Da gibt es einen guten Klang.
Drum prüfe, wer sich ewig bindet,
Ob sich das Herz zum Herzen findet!
Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang.
Lieblich in der Bräute Locken
Spielt der jungfräuliche Kranz,
Wenn die hellen Kirchenglocken
Laden zu des Festes Glanz.
Ach! des Lebens schönste Feier
Endigt auch den Lebensmai,
Mit dem Gürtel, mit dem Schleier
Reißt der schöne Wahn entzwei.
Die Leidenschaft flieht!
Die Liebe muß bleiben,
Die Blume verblüht,
Die Frucht muß treiben.
Der Mann muß hinaus
Ins feindliche Leben,
Muß wirken und streben
Und pflanzen und schaffen,
Erlisten, erraffen,
Muß wetten und wagen,
Das Glück zu erjagen.
Da strömet herbei die unendliche Gabe,
Es füllt sich der Speicher mit köstlicher Habe,
Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus.
Und drinnen walitet
Die züchtige Hausfrau,

Die Mutter der Kinder,
Und herrschet weise
Im häuslichen Kreise,
Und lehret die Mädchen
Und wehret den Knaben,
Und reget ohn Ende
Die fleißigen Hände,
Und mehrt den Gewinn
Mit ordnendem Sinn.
Und füllt mit Schätzen die duftenden Laden,
Und dreht um die schnurrende Spindel den Faden,
Und sammelt im reinlich geglätteten Schrein
Die schimmernde Wolle, den schneigten Lein,
Und füget zum Guten den Glanz und den Schimmer,
Und ruhet nimmer.
Und der Vater mit frohem Blick
Von des Hauses weitschauendem Giebel
Überzählt sein blühendes Glück,
Siehet der Pfosten ragende Bäume
Und der Scheunen gefüllte Räume
Und die Speicher, vom Segen gebogen,
Und des Kornes bewegte Wogen,
Rühmt sich mit stolzem Mund:
Fest, wie der Erde Grund,
Gegen des Unglücks Macht
Steht mit des Hauses Pracht!
Doch mit des Geschickes Mächtchen
Ist kein ewiger Bund zu flechten,
Und das Unglück schreitet schnell.

ditionen.“ Ausdrücklich nimmt die Resolution an dieser Stelle Bezug auf den Kopftuchstreit.³

In dieser Resolution hat die Heranführung der Schülerinnen und Schüler an Verfahren und Werte der Demokratie keinen Platz. Noch nicht einmal das Wort kommt vor, so als wolle man eine Obszönität vermeiden. Das ist ein schwerwiegender Defekt. Die CSU kann nicht zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft unterscheiden, Rechtsordnung und Bekenntnis verschwimmen miteinander zum unscharfen Begriff der Tradition.

Stoiber im Türkenkrieg

Eine Art Rückentwicklung zum christlichen Fundamentalismus: Der Missbrauch der staatlichen Schulhöheit zum Kulturmampf wird sich als äußerst ernst zu nehmendes Problem erweisen. Die moderne Welt setzt voraus, dass ihre Bürger unterscheiden können, was ein



Überlinger Münster Madonna mit Osmanenkopf auf der Mondsichel
<http://de.wikipedia.org/wiki/Mondsichelmadonna>

Bekenntnis ist und was Gesetz. Die unumgängliche nötige internationale Kooperation funktioniert nur, wenn Menschen verschiedener Bekenntnisse und Kulturkreise kooperativ miteinander umgehen. Werden diese wichtigen Kulturtechniken in den öffentlichen Bildungseinrichtungen nicht eingeübt und nicht praktiziert, entsteht eine gefährliche Beschränkung.

Fast zwanzig Prozent seiner Parteitagsrede hat der Ministerpräsident dem Verhältnis der CSU zum Islam und zur Türkei gewidmet. Und auf was für einem Niveau.

Stoiber und die Grenzen der Türkei: „Europa und die Türkei trennen mehr als nur ein paar Kilometer Luftlinie am Bosphorus“.

Die wenn auch oft feindliche, so doch durchgängig enge Beziehung der durch das Mittelmeer verbundenen Weltgegenden wird durch die Lage der Türkei offensichtlich, die zu Teilen in Europa, zu Teilen in Asien liegt. Der Mann kennt seine Grenzen nicht.

Stoiber als Kirchturmpolitiker: „Unsere Städte und Dörfer sind seit Jahrhunderten von den Kirchtürmen geprägt. Neue Moscheen können deshalb nur dann gebaut werden, wenn sie sich dem anpassen. Wir dürfen nicht dahin kommen, dass Moscheen das Gesicht unserer Städte dominieren. Dafür treten wir als CSU in allen unseren Städten und Gemeinden ein.“

Dazu das völlig unverdächtige Baumarkt-Lexikon: „Zwiebeltürme sind fast nur bei Kirchbauten anzutreffen. Die Türme tragen ihren Namen von dem zwiebelförmigen Dach, wie es fast ausschließlich auf süddeutschen und österreichischen Sakralbauten anzutreffen ist. Architekturgeschichtlich ist der Zwiebelturm durch die Türken nach Mitteleuropa gekommen.“⁴

Man würde gerne lachen. Es gibt aber Beispiele dafür, dass zum Vortrieb kultureller Schließungsprozesse kaum ein Argument zu dumm sein kann, im Gegenteil, gerade die Gemeinschaft im Absurden schließt besonders eng zusammen.

maf, alk

Gegliedertes Schulsystem – alle Talente individuell fördern

Gute Bildung stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Bildung entwickelt die Talente, Fähigkeiten und Begabungen, die in jedem Einzelnen stecken. Gute Bildung schafft Wege für alle. Jeder kann etwas. Jeder braucht die Chance, sich durch Bildung weiter zu entwickeln und das Beste aus seinem Leben zu machen. Allen eine Chance geben ist unser Auftrag.

Wir halten fest an differenzierten Angeboten. Wir haben das gegliederte Schulsystem Bayerns kontinuierlich fortentwickelt, angefangen von der sechsstufigen Realschule über M-Züge und Praxisklassen an den Hauptschulen bis zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums. In den Förderschulen werden Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf unterstützt. Wir wollen jedes Kind nach seiner Befähigung und Neigung umfassend und bestmöglich fördern, damit die Kinder ihren eigenen Weg entsprechend ihrer eigenen Begabung finden. Wir lehnen es ab, jedem Kind eine Einheitsbildung zu verordnen. Die Gleichmacherei der 68er ist gescheitert. PISA hat gezeigt: Das differenzierte bayerische System ist das Beste in Deutschland für die Kinder. Bayerische Schülerinnen und Schüler sind national wie international Spitze. Das ist ganz wesentlich das Verdienst der Arbeit unserer motivierten und gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer. PISA hat auch gezeigt: Bayern gehört zu den Ländern in Deutschland, in denen die soziale Herkunft am wenigsten über den schulischen Erfolg entscheidet. Das ist vor allem auch ein Erfolg unseres gegliederten Schulwesens: Es ermöglicht eine gezielte, begabungsgerechte Förderung. Mit der hohen Durchlässigkeit des Schulsystems in Bayern ist der Weg frei von der Hauptschule bis zum Abitur.

Christlich-soziale Bildungspolitik heißt auch in Zukunft: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Neigungen.

Herz und Charakter bilden

Die Beschreibung der Ziele von Bildung in unserer Bayerischen Verfassung ist heute so aktuell wie vor 60 Jahren: „*Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.*“

Für die CSU bedeutet Bildung nicht nur Wissensvermittlung, sondern auch Wertevermittlung. Die heranwachsende Generation muss Verantwortung übernehmen. Sie soll tolerant sein, aber nicht indifferent und gleichgültig. Sie muss wissen, wo sie herkommt, damit sie entscheiden kann, wo sie hingehört.

Junge Menschen suchen Antworten zu existentiellen Fragen. Das christliche Menschenbild und die christlich-abendländische Kultur sind unser Leitbild und unser Kompass. Wir sind offen und tolerant gegenüber anderen Weltanschauungen. Wir respektieren andere Religionen. Wir wollen den Dialog der Kulturen und Religionen und nicht den Kampf der Kulturen. Gerade deshalb sagen wir nein zu Lehrerinnen mit Kopftüchern in den Schulen. Mit uns wird es keine Symbole, die auf Unterdrückung und Unfreiheit hinweisen, an unseren Schulen geben.

Die CSU hält fest am Religionsunterricht in den Schulen und den Kruzifixen in den Klassenzimmern. Wir halten fest an den christlich-abendländischen Wertetraditionen.

Wir wollen die Liebe zur Heimat stärken. Die Liebe zur Heimat, das Wissen um die eigene Identität und das klare Bekenntnis zur eigenen Kultur sind die Voraussetzung und Grundlage für Weltoffenheit und das Vermögen, andere Kulturen zu respektieren. Heimatverbundenheit ist ein starker Anker in einer globalen Welt. Dazu gehört auch die Pflege des Brauchtums wie z.B. des Dialekts oder der Volksmusik.

Für die CSU sind Heimatkunde, Brauchtum und Tradition wichtige Bestandteile eines umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrags.

Persönliche und soziale Kompetenzen sind Voraussetzung für soziale Verantwortung.

Die Diffamierung wichtiger Werte und Tugenden durch die 68er hat unserem Land schwer geschadet. Der Respekt vor sich und den anderen und die Bereitschaft zu sozialer Verantwortung setzen Tugenden wie Verantwortungsbewusstsein, Leistungsbereitschaft, Disziplin, Ehrlichkeit, Toleranz, Höflichkeit voraus. Das sind die Schlüssel für schulischen, beruflichen und persönlichen Erfolg.

Die CSU will eine umfassende und ganzheitliche Erziehung der Kinder, die hilft, Persönlichkeit und Charakter der Kinder zu bilden.

1 Siehe Dokument 1 Parteitagsrede E. Stoiber

2 Siehe Dokument 2 Leitantrag „Gegliedertes Schulsystem ...“

3 Siehe Dokument 3 Leitantrag „Mit Herz und Hand ...“

4 <http://www.baumarkt.de/lexikon/Zwiebelturm.htm>

Mehr Effizienz in Gebäuden, Streit um Kernkraft vertagt

Ohne große Überraschungen verlief in der letzten Woche der zweite „Energiegipfel“ der Bundesregierung mit Vertretern der Energiewirtschaft. Der Streit um die Kernkraft wurde auf das nächste Treffen im kommenden Frühjahr vertagt. Wirtschaftsminister Glos zog seine Androhung kartellrechtlicher Maßnahmen gegen die großen Stromkonzerne wenige Tage nach seiner großspurigen Ankündigung kleinlaut wieder zurück. Bis auf zusätzliche Maßnahmen im Gebäudektor blieb es so bei dem Gipfel weitgehend bei Gemeinplätzen.

Eigentlich sollen die „Energiegipfel“ (der erste fand im Frühjahr diesen Jahres statt) dazu dienen, dass Bundesregierung und Energiewirtschaft eine gemeinsame „energiepolitische Strategie“ zu erarbeiten. Davon ist aber noch nicht viel zu sehen. Von Wirtschaftsminister Glos kommt bisher nur gelegentliches Gepolter, die Laufzeiten für Kernkraftwerke müssten verlängert werden, was von der SPD regelmäßig mit Hinweis auf den Koalitionsvertrag abgebügelt wird. Und Umweltminister Gabriel hat ein so geringes Budget, dass zusätzliche Programme – etwa zur Verbesserung der Energieeffizienz – schon von daher kaum zu erwarten sind.

Im Vorfeld des Gipfels hatte der Energiekonzern RWE angekündigt, für seine Kernkraftwerke Biblis A und B, die nach dem mit der alten Bundesregierung abgeschlossenen Vertrag im nächsten bzw. übernächsten Jahr abgeschaltet werden müssen, eine Ausnahmegenehmigung und längere Laufzeiten zu beantragen. Der Antrag liegt nun im Bundesumweltministerium. Minister Gabriel (SPD) hat angekündigt, er werde den Antrag ablehnen. Ob Merkel riskiert, in das Verfahren mit Verweis auf ihre Richtlinienkompetenz einzugreifen, ist fraglich. Solche Aktionen könnte sich Schröder gegen die Grünen leisten, nicht aber die Union gegen die SPD. Der baden-württembergische Energiekonzern EnBW, Bayerns Ministerpräsident Stoiber und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskamermerts, Ludwig Georg Braun, haben den RWE-Antrag unterstützt. Auf dem Gipfel soll nun nach Presseberichten darüber nur am Rande gesprochen worden sein – alles wartet offenbar auf den Bescheid des BMU.

Auffällig ist bei diesem Thema auch eher das Schweigen beim Rest – auch in der Wirtschaft. Diese stellt sich zwar offiziell brav hinter die Energiekonzerne. Aber die Zwischentöne deuten in ande-

re Richtungen. Der BDI etwa hat unlängst ohne großen Krach in den eigenen Reihen einer gemeinsamen Erklärung mit dem DGB zugestimmt, in der die von Rot-Grün beschlossene Abschaltung der Kernkraftwerke erneut befürwortet wird und stattdessen mehr Energieeffizienz und ein schnellerer Ausbau alternativer Energiequellen verlangt wird.

Offenbar überwiegt auch bei der Wirtschaft der Ärger über die hohen Preise, die die Energiekonzerne nicht nur privaten Verbrauchern, sondern auch der Industrie aufbürden. Dass RWE, EON, EnWB und Vattenfall in schöner Regelmäßigkeit weiter steigende Renditen melden, sorgt auch nicht gerade für Freude bei der Kundschaft.

Der – marxistisch gesprochen – Ausgleich der Profitrate zwischen der Energiewirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen scheint nicht zu funktionieren. Darauf deuten auch die Teuerungs-raten hin. Am 12. Oktober meldete das Statistische Bundesamt einen Anstieg der Strompreise für Haushalte im September 2006 gegenüber dem Vorjahr um 4,0%; bei Zentralheizung und Fernwärme um 9,7%; bei Gas sogar um 16,2%. Ein Kartell von vier großen Versorgern – RWE, EON, EnWB und Vattenfall – hat sich den Markt aufgeteilt und lässt keine ernstliche Konkurrenz zu. Die Warnungen von Glos, sein Ministerium werde diese Situation auf Kartellverstöße untersuchen, sind deshalb durchaus angebracht. Nur hat dieser Minister offenbar nicht den Mumm, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen.

So blieb dem Gipfel nur das Thema Energieeffizienz. Ein hierzu erarbeitetes Papier sieht vor, den Stromverbrauch bis 2020 um zehn Prozent, den Wärmebedarf von Gebäuden um 20 Prozent und den Energieverbrauch im Verkehr um 5 Prozent zu senken. Verbunden mit Modernisierungen im Kraftwerksbereich soll so der Primärenergieverbrauch (d.h. der Verbrauch von Kohle, Gas, Öl und anderen Energiequellen) bei wachsender Wirtschaftsleistung bis 2020 um 20 Prozent sinken. Die „Energieproduktivität“, d.h. die wirtschaftliche Leistung pro Einheit verbrauchter Energie, soll 2020 doppelt so hoch sein wie 1990.

Eine Maßnahme dabei ist die Verbesserung der Energieeffizienz bei Gebäuden. Mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, neuen Heizkesseln und Heizanlagen, besserer Gebäudedämmung, anderen Wasserkreisläufen usw. soll mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz das höchste Einsparvolumen erreicht werden.

Allerdings: Auch hier liegt der Teufel im Detail. Das Bundeswirtschaftsministerium etwa blockiert auf Druck der Immobilienbranche bis heute die Verordnung für den geplanten „Gebäudepass“, mit dem Gebäudeeigentümer ge-

genüber Mieter und potentiellen Käufern den Energieverbrauch eines Gebäudes dokumentieren sollen. Die Koalition wolle sich, so Merkel, bei diesem Thema weitgehend auf Marktanreize und freiwillige Selbstverpflichtungen verlassen. Sprich: Irgendwann werden die Nebenkosten so hoch, dass die Immobilienbranche investieren muss, um noch vermieten oder verkaufen zu können. Das aber kann dauern. Andere Länder gehen rigoroser vor. In China etwa, so letzte Woche ein Artikel im „Handelsblatt“, werden seit September neue Bauvorhaben nur noch genehmigt, wenn die Bauherren nachweisen, dass ihr Gebäude 50% weniger Energie (Strom, Wärme und Wasser) verbraucht als bisher.

rül

Quelle: Handelsblatt, 10.10. und 12.10.06

CIA-Geheimgefängnisse, illegale Gefangenentransporte, Verschleppungen

Bundesrepublik tief verstrickt

In den letzten Wochen erhärtet sich der Verdacht, dass die Bundesrepublik Deutschland – wie auch andere EU-Mitgliedstaaten – in das „Antiterror“-Programm des US-amerikanischen Geheimdienstes in vielfacher Hinsicht verwickelt ist. Zum einen geht es um die direkte Verstrickung in Verschleppung, Folter bzw. Verhöre Gefolterter, zum anderen um die Nutzung bundesdeutschen Territoriums nicht nur als Drehkreuz für getarnte CIA-Flugzeuge und -Gefangenentransporte, sondern auch für CIA-Geheimgefängnisse. Dass es solche Geheimgefängnisse außerhalb der USA überhaupt gibt, wurde kürzlich im Zusammenhang der Legitimierung und Legalisierung von Folterpraktiken (siehe PB 20) von US-Präsident Bush offiziell bestätigt.

Die „Fälle“ der deutschen Staatsbürger al-Masri und Zammar sowie des aus Deutschland stammenden Kurnaz werden von Untersuchungsausschüssen in Berlin und Brüssel untersucht.

Al-Masri war 2003 während einer Reise nach Mazedonien von CIA-Agenten nach Afghanistan verschleppt, dort mehrere Monate festgehalten, verhört und dabei auch misshandelt worden. Es besteht der Verdacht, dass die Verfassungsschützämter in Baden-Württemberg oder Bayern die CIA mit Unterlagen über Al-Masri bedient haben.

Zammar war bereits im Herbst 2001 unter Beteiligung von US-Sicherheitskräften von Marokko in ein syrisches Foltergefängnis verschleppt worden. Obwohl offensichtlich war, dass er schwer misshandelt wurde, wurde er im November 2002 von BKA-Beamten verhört. Mitte September schilderte seine Anwältin vor dem Untersuchungsaus-

schuss des Europäischen Parlaments die Kontakte zwischen deutschen Behörden und dem syrischen Geheimdienst. Damit das BKA Zammar persönlich verhören konnte, habe die Bundesanwaltschaft sechs Verfahren gegen in Deutschland lebende Syrer eingestellt. Dieser Darstellung entsprechen auch Hinweise im BND-Bericht der Bundesregierung vom Februar 2006. Die Anwältin sagte, dass sie seit mehr als einem Jahr kein Lebenszeichen mehr von ihrem Mandanten erhalten habe.

Auch im „Fall“ des aus Bremen stammenden Kurnaz kann als sicher gelten, dass die Bundesregierung früh über die Verschleppung von Pakistan nach Afghanistan und von dort nach Guantanamo informiert war, ja, dass sie es ablehnte, ihn von den USA zu übernehmen. Der „Stern“ zitiert aus einer geheimen Depesche des BND, in der es u.a. heißt: „M.K. befindet sich noch in AFG“, und aus einer zweiten Depesche: Es „gestehe ein Angebot, M.K. zu sprechen und zu befragen“. (Pressemappe Stern, 11.10. <http://www.presseportal.de/story.htm?nr=884799>) Kurnaz, der erst kürzlich nach fünfjähriger Inhaftierung im Gefangenlager Guantanamo freikam, sagte aus, dass er in einem afghanischen Internierungslager unter anderem auch von deutsch-sprechenden Soldaten mit deutschen Hoheszeichen geschlagen wurde. Durch die Aussage eines hochrangigen Offiziers des Kommandos Spezialkräfte (KSK) gegenüber dem „Stern“ wurde jetzt zumindest bestätigt, dass Kurnaz und andere Gefangene unter den Augen deutscher KSK-Elitesoldaten geschlagen wurden. Hatte es zunächst geheißen, dass die KSK Ende 2001 noch gar nicht in Afghanistan gewesen sei, steht inzwischen fest, dass einige Soldaten zur fraglichen Zeit in Kandahar waren, um die Lage für die bevorstehende Ankunft größerer Einheiten zu sondieren. Der „Bild am Sonntag“ zufolge haben KSK-Soldaten den „Kontakt“ zu Kurnaz bereits eingestanden. Die Bundesregierung will erst am 9. Januar 2002 von der Festnahme Kurnaz’ erfahren haben. Die Abgeordnete der Linkspartei PDS Petra Pau, Mitglied im BND-Ausschuss, zieht aus all dem die Schlussfolgerung, dass das Bundeskanzleramt und damit auch sein damaliger Leiter und Beauftragter für die Nachrichtendienste Frank-Walter Steinmeier, heute Außenminister, frühzeitig von allem gewusst habe. Sie fordert, Steinmeier vor den Ausschuss zu laden. Auch der EU-Sonderausschuss macht den Anspruch geltend, Steinmeier zu hören. Die Regierung kündigte bisher lediglich an, dass die Bundeswehr am 18. Oktober in einer Sitzung des Verteidigungsausschusses hinter verschlossenen Türen Auskunft gibt.

Dass die CIA Flughäfen in Europa und speziell in Deutschland für gehei-

me Transporte von Gefangenen benutzt, dass sie auch in Europa Geheimgefängnisse zumindest unterhalten hat und dass dies durch Mithilfe und Deckung durch die betreffenden Regierungen erst möglich wurde, ist inzwischen kaum noch bestritten. So stellte der Rechts-Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in einem Bericht von Juni 2006 fest: „Es wurde nun durch zahlreiche gut dokumentierte und stimmige Fakten eindeutig gezeigt, dass es Geheimgefängnisse und illegale Gefangenentransporte unter Beteiligung europäischer Staaten gab.“ Ähnliches stellte auch das Europäische Parlament mit Verabschiedung des Zwischenberichts seines Sonderausschusses im Juli 2006 fest. Als Drehkreuz der Flüge gelten der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein und die Rhein-Main-Airbase in Frankfurt. Doch dürften noch längst nicht alle Fakten offen gelegt sein, und vielleicht wird manches Verbrechen auch niemals vollständig aufgeklärt. Die britische Menschenrechtsorganisation legte jetzt einen Bericht mit Aussagen von Guantanamo-Gefangenen vor, in dem auch Deutschland als möglicher Ort eines Geheimgefängnisses genannt wird: Die US-Kaserne „Coleman Barracks“ in Mannheim. Entsprechende Informationen gibt es auch aus Mannheim selbst. Wir veröffentlichen dazu einen Artikel aus dem „Kommunal-Info Mannheim.“

scc

irland eingesetzt. Seit den 80er-Jahren betätigt er sich als Friedensaktivist vor allem in Kritik an den US-Kriegen. Eine seiner Aktionsformen ist der Versuch, mit hier stationierten GIs ins Gespräch zu kommen. Dazu verteilt er Kontaktkarten des „Military Counseling Network“ (Hilfen zum Ausstieg) im Rhein-Neckar-Einkaufszentrum Viernheim. Auf diese Weise kam laut Peter Wright am 9. August der Kontakt mit einem jungen Soldaten zustande, der gerade selbst jemanden gesucht habe, dem er sich anvertrauen könne. Peter habe sich insgesamt sechs Mal mit seinem Informanten John Pierce getroffen.

Dessen Aussage: Im April seien drei Männer in das Mannheimer US-Militärgefängnis gebracht worden, die nur arabisch sprachen. Die Männer seien auf Metallbetten ohne Matratze gelegt und wochenlang mit Hand- und Fußschellen ans Gestell gefesselt worden – ohne Möglichkeit, sich zu bewegen. Gelegentlich seien die Araber von zwei Männern und einer Frau befragt worden, die von den Wachen für CIA-Mitarbeiter gehalten wurden. Sie wurden jeweils für die Verhöre eingeflogen. Bei den Befragungen hätten sie Elektroschocks angewendet, wobei das eine Elektrodenkabel am Bettgestell befestigt worden sei und das andere an den Genitalien der Männer. Die anderen Gefangenen hätten die Schreie der Gefolterten gehört. Später hätten die Wachen mit Hilfe von Feldtelefonen eigene Elektroschock-Vorrichtungen gebaut, um die drei Gefangenen ruhig zu stellen oder zum Spaß zu quälen. Am 3. September seien die drei Araber nach Guantanamo ausgeflogen worden.

Laut „taz“ hatte Peter Wright schließlich versucht, Pierce bei der Fahnenflucht zu helfen, nachdem er bereits mit der Presse (stern.de) und amnesty international in London Kontakt aufgenommen hatte. Er habe eine Fluchtwohnung organisiert und am 24. September einen Treffpunkt am Hauptbahnhof ausgemacht, zu dem auch Vertreter von „Stern“ und amnesty geladen waren. Doch Pierce sei nicht erschienen. Seitdem ist jeder Kontakt zu ihm abgerissen. Per Kleinanzeige im „Mannheimer Morgen“ sucht Wright jetzt die deutsche Freundin von John Pierce, deren Namen ihm aber auch nicht bekannt ist. Ein Foto seines Informanten habe Wright mangels Erfahrung nicht gemacht.

John Pierce jedoch habe versucht, mit seinem Handy Fotos von den Gefangenen zu machen. „Nach Abu Ghraib“, so Wright mit Anspielung auf die Folter-Fotos, „sind die Amerikaner supervorsichtig geworden, es dürfen keinerlei Kameras und Foto-Handys im Zellenblock benutzt werden.“ John Pierce habe ihm erzählt, dass sich die Mannheimer Wachsoldaten vor Dienstbeginn gegenseitig durchsuchen.

Illegales CIA-Gefängnis in den Coleman Barracks Sandhofen?

In den Mannheimer Coleman Barracks sollen arabische Gefangene gefoltert worden sein. Dies behauptet der Mannheimer Friedensaktivist Peter Wright, Ex-Offizier der britischen Armee. Sein Informant sei ein Soldat der US Militärpolizei, der in Sandhofen Zeuge der Misshandlungen geworden und inzwischen verschwunden sei. Inzwischen ermittelt aufgrund dieser Aussagen die Bundesanwaltschaft gegen die USA. (...)

Peter Wright hatte am 13. September bei der Staatsanwaltschaft Mannheim Strafanzeige gestellt. Er sagt, ihm habe sich ein US-Soldat anvertraut, der im Militärgefängnis der Coleman Barracks zum Wachpersonal gehört und die Folterungen mit eigenen Augen gesehen habe.

Der Schotte Peter Wright, Elektroingenieur, lebt schon lange in Deutschland und besitzt inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit. Er gehörte nach eigenen Angaben der britischen Armee an und war 1980 in Nord-

Die Mannheimer Staatsanwaltschaft, an die sich Wright zunächst gewandt hatte, gab den Fall an die Bundesanwaltschaft ab, weil es hier um Kriegsverbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch geht. Wright wurde Ende September von Bundesanwalt Dietrich ausführlich vernommen. Die Bundesanwaltschaft bestätigte dies gegenüber der Presse, verwies allerdings darauf, dass es sich hier um einen „Zeugen vom Hörensagen“ handele.

Inzwischen hat sich die englische Menschenrechtsorganisation „Reprieve“ zu Wort gemeldet, dass es möglicherweise auch auf deutschem Boden ein geheimes Gefängnis des US-Geheimdienstes CIA gegeben habe. Sie beruft sich dabei auf Aussagen von drei Guantánamo-Häftlingen.

Die Bundesregierung sah sich dessen ungeachtet sofort in der Lage, durch den stellvertretenden Regierungssprecher verkünden zu lassen, derartige Aussagen entbehren jeder Grundlage. Die Bundesanwaltschaft jedoch ermittelt weiter.

Die US-Armee dementiert natürlich auf das heftigste. „In dieser Einheit“ gebe es keinen John Pierce, äußerte eine US-Army-Sprecherin gegenüber stern.de, das Wrights Vorwürfe erstmals veröffentlichte.

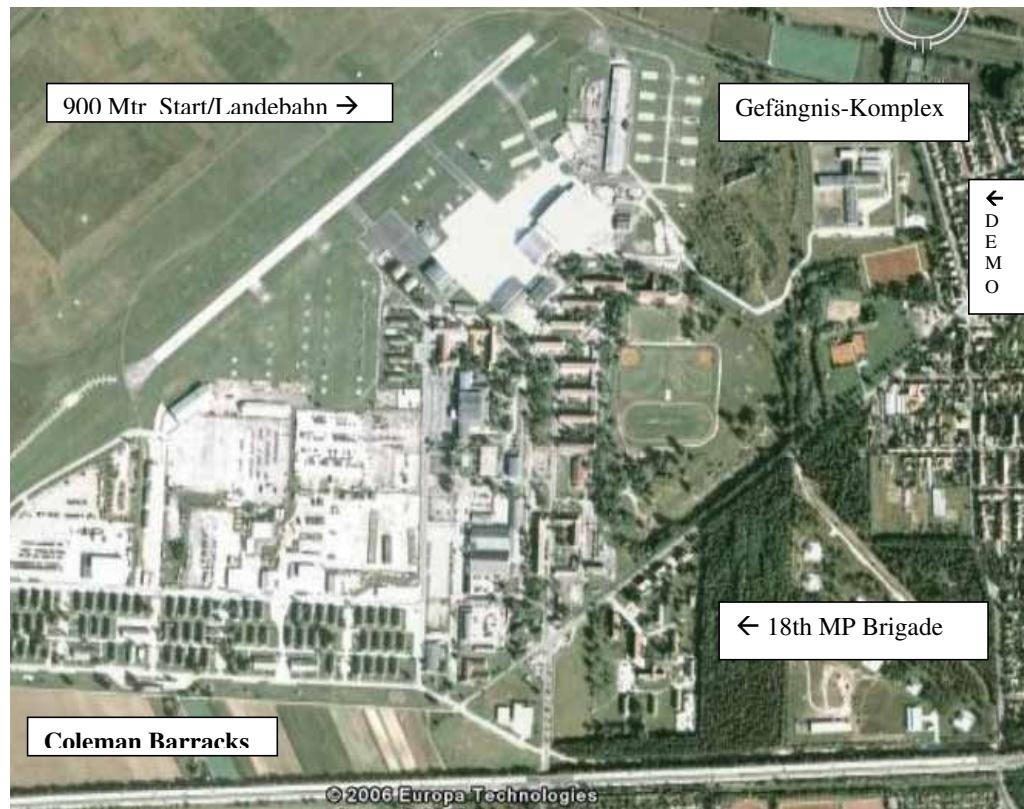
Nicht zu dementieren ist jedoch die

Tatsache, dass die in Mannheim-Sandhofen stationierte 18. Militärpolizeibrigade auch in Abu Ghraib aktiv war, was durch den Prozess gegen die Abu Ghraib-Folterer zu Tage kam.

Dass in Sandhofen zumindest alle Voraussetzungen für ein heimliches CIA-Gefängnis gegeben sind, darauf weist Peter Wright nach Analyse des google-world-Bildes der Coleman Barracks hin. Das unmittelbar angeschlossene Flugfeld ist eine ebenso wichtige Voraussetzung wie der vom übrigen Gelände deutlich abgegrenzte Gefängnisblock.

Als nächste Schritte will Peter Wright das Europäische Parlament und den Internationalen Kriegsverbrecher-Gerichtshof in Den Haag mit der Angelegenheit befassen.

tht



Menschenrechtsanwältin tritt 30-jährige Haftstrafe an

Die US-amerikanische Anwältin Lynne Stewart, 67, musste am 16. 10. eine 30-jährige Haftstrafe antreten. Stewart, die sich in vielen Verfahren, in denen sie „Staatsfeinde“ verteidigte, einen Namen als Menschenrechtsanwältin gemacht hat und die sich als politisch radikal bezeichnet, war im Februar 2005 auf Grundlage des Patriot Act, der Terrorismus-Gesetzgebung der USA nach dem 11.9., wegen Verschwörung und materieller Unterstützung terroristischer Bestrebungen verurteilt worden. Hintergrund: Stewart war Mitglied des vom Gericht bestimmten Verteidigungsteams für Scheich Omar Abdel Rahman, der in Verbindung mit dem ersten Bombenattentat auf das World Trade Center 1993 eine lebenslange Haftstrafe verbüßt. Auch nach der Verurteilung arbeitete das angesehene Mitglied der New Yorker Anwaltsvereinigung weiter als Anwältin von Abdel Rahman. Im April 2002 wurde sie ohne jede Vorwarnung aus ihrem Haus heraus verhaftet und später nur gegen hohe Kaution freigelassen, FBI-Agenten durchkämmten ihr Büro und beschlagnahmten Akten aller ihrer Fälle. Ihr wurde vorgeworfen, dass sie eine Pressekonferenz durchgeführt hat, auf der eine Stellungnahme von Rahman vorgetragen wurde, und dass sie die Übersetzung dieser und anderer Stellungnahmen zugelassen habe. Dadurch habe sie die Kommunikation zwischen Rahman und der ägyptischen Organisation Al-Gama's al-Islamiyya zugelassen, die auf der Terrorismusliste der US-Administration steht. Da Lynne Stewart inzwischen an Krebs erkrankt ist, wurde der zunächst für März 2006 vorgesehene Antritt ihrer Haftstrafe um ein halbes Jahr verschoben, eine weitere Verschiebung wurde verweigert. Die Regierung begründet die ungeheurelle Härte der Strafe ausdrücklich mit dem gewünschten Abschreckungseffekt für andere Anwälte. In den letzten Tagen fanden zahlreiche Aktionen für Haftverschonung statt. (Quelle: www.lynnestewart.org)

AUSLANDS
NACHRICHTEN

KÖLN. Rund 600 versammelten sich am 7.10. zur landesweiten Demonstration für das Bleiberecht von Flüchtlingen. „Genau ein Jahr nachdem unzählige Flüchtlinge verzweifelt versucht hatten, die meterhohen Zäune von Ceuta und Melilla zu überwinden, um nach Europa zu gelangen – auf sie wurde geschossen, elf Menschen starben, viele wurden verletzt und unzählige wurden in die Wüste deportiert – vor diesem Zaun demonstrieren genau jetzt spanische und marokkanische Antirassisten.“ Mit diesen Worten eröffnete eine Sprecherin von „Kein Mensch ist illegal“ die Demonstration auf dem Rudolfplatz. Menschen aus verschiedenen Städten NRWs – darunter viele Kölner Roma – waren zusammengekommen, um gegen die europäische Flüchtlingspolitik, neue Mauern und Zäune an den „Grenzen EU-ropas“ und die Abschiebepraxis in der BRD zu demonstrieren. In den letzten Wochen häufen sich in Deutschland die Abschiebungen von langjährig geduldeten Flüchtlingen. Das liegt daran, dass im November die Innenminister voraussichtlich eine Bleiberegelung beschließen werden. <http://kmii-koeln.de>



Fürs Essen auf die Straße

KONSTANZ. Eine Gruppe von Konstanzer Asylbewerbern demonstrierte am 14.10.2006 gegen die Änderung in der Lebensmittelversorgung des Asylbewerberheims. Bis September hatten die Bewohner der Steinstraße ihre zugeteilten Rationen in Form von Essensspaken bekamen. Ab Oktober hatte das Landratsamt einen neuen Lieferanten ausgewählt, der nun zweimal die Woche mit einem Bus direkt vor das Asylbewerberheim fährt. Dort können die Bewohner nun zwar direkt vor der Haustür einkaufen. Doch die Asylanten würden viel lieber selbstbestimmt einkaufen, statt auf die überteuerten Lebensmittel aus dem Bus angewiesen zu sein. „Wir haben bis 2005 gearbeitet, und unsere Miete und unsere sonstigen Ausgaben selbst bezahlt“, so ein Sprecher der Gruppe. „2005 wurden uns dann unsere Arbeitsgenehmigungen entzogen, und wir mussten aus unseren Privatwohnungen ausziehen, und ins Asylantenheim zurück“. Um ihre Forderung nach gerechter Behandlung zu unterstützen, sind einige der Bewohner im Hungerstreik. www.nadir.org

1800 Unterschriften gegen Rotstift bei Migrationssozialberatung

KIEL. Am Vormittag des 10. Oktober waren über 150 Flüchtlinge und MigrantInnen dem Aufruf des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein gefolgt und haben in Kiel gegen die Rotstiftpolitik des Landes zulasten der landesweiten Migrationssozialberatung demonstriert. In seinem Wortbeitrag machte der Geschäftsführer der Lübecker Diakonie, Pastor Kai Gusek, auf den in der Hansestadt drohenden Kahlschlag bei gut eingeführten Beratungseinrichtungen aufmerksam. Von 5,75 Personalstellen verbleiben nurmehr 1,25. Diakonie und Flüchtlingsforum müssen ihr Migrationssozialberatungsangebot daraufhin vollständig einstellen. Die betroffenen

MigrantInnen befanden sich nicht selten in einer von Gesetzen und administrativem Handeln verursachten Krisensituation und hätten einen entsprechend besonderen Beratungsbedarf, betonte Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hin. An Norbert Scharbach, den Leiter der Ausländerabteilung im Innenministerium, wurden 1800 Unterschriften von Lübecker Bürgerinnen und Bürgern übergeben, die ebenfalls gegen die geplanten Streichungen in der hanseatischen Migrationssozialberatung protestieren. Scharbach sicherte den VertreterInnen von Diakonie und Caritas weitere Gespräche auf der Suche nach Lösungen zu. www.frsh.de

Eindeutschung im Kindergarten

DIETZENBACH. In 11 städtischen Kindertagesstätten von Dietzenbach, (ca. 37 000 EW im Kreis Offenbach – Migrantenanteil ca. 27 %) muss künftig an zentraler Stelle die deutsche Fahne und ein Bild des Bundespräsidenten aufgehängt werden. Deutsch wird als einzige Umgangssprache festgelegt und den Kindern sollen die gesetzlichen Feiertage nahe gebracht und erläutert werden. Dies laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 6. 10. auf Antrag der CDU und der Freien Wähler mit Unterstützung der Vertreterin der Republikaner. Der Vorsitzende der GEW Hessen, Jochen Nagel, kritisiert diesen Beschluss wie folgt: Unlängst hat sich Professor Baring vor der CDU-Landtagsfraktion – unwidersprochen – für die Eindeutschung von Migranten ausgesprochen. Die CDU in Dietzenbach hat nun diesen Ball aufgenommen und sich bemüht, das Kultusministerium in dieser Frage noch zu übertreffen. Zwangsmaßnahmen haben noch nie bei den Betroffenen positive Identifikationen bewirkt. Hilmi Kaya Turan, stv. Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD) sagte, der

CDU/FWG-Antrag befördere „die Stigmatisierung der Kinder mit Migrationshintergrund und bedient Ressentiments in der Mehrheitsbevölkerung“. Es werde außer Acht gelassen, dass das deutsche Bildungssystem „eines der selektivsten Bildungssysteme der Welt im Hinblick auf sozial- und bildungsschwache Familien ist“. Schichten, Sprachen und Kulturen zu akzeptieren sei ein zentraler Schritt hin zu „gleichen Bildungschancen für alle Kinder“. „Zutiefst besorgt über die jüngst aufkommenden ausländerfeindlichen Töne“ äußerte sich Corrado di Benedetto, der Vorsitzende des Kreisausländerbeirats Offenbach. Er kritisierte „eine Assimulationspolitik, die schon lange nicht zeitgemäß ist“.

Eine Deutschpflicht in Kindergärten ist nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens (AGAH) ein massiver Eingriff in die Tätigkeit der Erzieherinnen. „Die Erzieherinnen wissen, wie man mit Kindern umgeht, und sie kennen das Ziel, dass am Ende alle Deutsch können müssen. Und sie machen ihre Arbeit sehr gut“, sagte der AGAH-Vorsitzende Yilmaz Memisoglu am Montag.

Der Leiter der katholischen Kita hält dem Deutsch-Diktat die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse entgegen, nach denen nur ein gefestigter Muttersprachenerwerb das Erlernen einer Zweitsprache ermöglicht.

Der durch die zahlreichen Proteste in die Enge getriebene CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Butterweck verteidigte den Beschluss damit, dass auf keinen Fall andere Nationen diskriminiert werden sollten. Wenn die Kinder täglich die Nationalfahne und das Bild des Bundespräsidenten sähen, würden sie aber eines Tages selbst anfangen, Fragen danach zu stellen. schließlich habe die schwarz-rot-goldene Fahne ja nichts mit dem Dritten Reich zu tun. Außerdem gelte es, an die Begeisterung während der Fußball-Weltmeisterschaft anzuknüpfen.

rst

NÜRNBERG. Auf der Großdemonstration für ein gentechnikfreies Bayern 1. Oktober 2006 in Nürnberg protestierten etwa 3.000 Menschen für gentechnikfreie Nahrung und Sicherung des Standorts Bayern als gentechnikfreie Anbauregion. Ein Angebot von Landwirten mit ihren Traktoren machte dabei auf die Gefahren für die gentechnikfreie Landwirtschaft aufmerksam. Die Redner der Bündnisorganisationen, ein Zusammenschluss von 30 Naturschutzverbänden, Bauernorganisationen, Imkern, Kirchengruppen und Verbrauchern, forderten die Politik auf, über strenge Haftungs- und Zulassungsregeln und einen Anbaustopp die Ausbreitung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Nahrungsbestandteilen zu verhindern. Der große Erfolg der Kundgebung in Nürnberg zeigt zum wiederholten Mal, dass Verbraucher und Bauern vor allem eins wollen: Eine gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft, die gentechnikfreie Lebensmittel erzeugt. Die Politik ist hier gefordert ihrem demokratischen Auftrag zu folgen und sich nicht den Willen von einzelnen, mächtigen Lobbyisten der Agroindustrie aufzwingen zu lassen. Das Bündnis hat daher einen umfangreichen Forderungskatalog aufgestellt, was die EU, die Bundes- und die bayerische Politik betrifft, insbesondere ein sofortiges erneutes Moratorium für den Gentechnikanbau in der EU und keine weiteren Zulassungen für gentechnisch veränderte Organismen, solange Risiken für Mensch, Tier und Umwelt nicht ausgeschlossen werden können. www.keine-gentechnik.de



Arroganz der Macht in Hamburg unübertroffen

HAMBURG. 62 Abgeordnete der Hamburger CDU haben am 11. Oktober 2006 im Alleingang abgeschafft, was mehr als 240.000 Hamburger Bürgerinnen und Bürger zuvor per Volksentscheid geschaffen hatten: Das neue Hamburger Wahlrecht. „Die Arroganz der Macht in Hamburg bleibt unübertroffen. Wieder wird ein Volksentscheid missachtet. Obendrein wird ein Gesetz verändert, bevor es überhaupt zur Anwendung kam. Üblich ist, dass Wahlrechtsänderungen immer im parlamentarischen Konsens aller Parteien getroffen werden. In Hamburg macht die CDU das im Alleingang. Es ist unfassbar, mit welcher Chuzpe die Christdemokraten sich über den Willen des Volkes hinwegsetzen“, kommentiert Claudine Nierth, Vorstandssprecherin der Bürgerinitiative Mehr Demokratie. Mit Hilfe des neuen Wahlrechts, das sich die Hamburgerinnen und Hamburger erst 2004 per Volksentscheid gegeben hatten, wäre sowohl bei den Hamburger Bezirkswahlen als auch bei den kommenden Bürgerschaftswahlen das Kumulieren und Panaschieren möglich gewesen. Das hat die Hamburger CDU nun rückgängig gemacht. www.mehr-demokratie.de

Kita-Volksbegehren in Thüringen

ERFURT. Mitte Oktober 2006 erhielt Hans-Arno Simon, Vertrauensperson des Volksbegehrrens „Für eine bessere Familienpolitik“, von der Thüringer Landtagspräsidentin, Dagmar Schipanski, die Dokumente zur Zulassung des Volksbegehrrens. Simon kündigte an, dass die Sammlung der etwa 200.000 benötigten Unterschriften am 2. Januar beginnen könne. Simon kritisierte erneut den vor zwei Jahren erfolgten Kurswechsel der Thüringer Landesregierung in der Bildungspolitik des Freistaates. Dieser sei durch immer neue

Sparmaßnahmen in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten gekennzeichnet. Für junge Menschen in Thüringen werde es angesichts dieser Veränderungen zunehmend unattraktiver, eine Familie zu gründen. www.kita-volksbegehren-thueringen.de

Mehr Demokratie kritisiert „Stolperfällen“ für Bürgerbegehren

KÖLN/LEMGO. Der Lemgoer Stadtrat hat Ende September mit den Stimmen von CDU und Grünen(!) ein Bürgerbegehren gegen die Ausschreibung zur Besetzung von zwei neuen Beigeordnetenstellen für unzulässig erklärt. Die Ratsmehrheit begründete ihre Entscheidung mit dem Ausschluss von Bürgerbegehren zur inneren Organisation der Gemeindeverwaltung. Damit ist nach Angaben der Initiative Mehr Demokratie in NRW zum 150. Mal ein Begehren von den Räten gestoppt worden. <http://demokratie.mine.nu/>

ARGE von Erwerbsloseninitiativen überrascht

KÖLN. Zahlreiche Mitglieder von Kölner Erwerbsloseninitiativen und dem Erwerbslosen Forum Deutschland überraschten am Donnerstagmorgen die ARGE Köln, indem sie den sofortigen Auszug der Unternehmensberatung „Roland Berger“ aus der ARGE Köln forderten. Anlass war ein dem Erwerbslosen Forum Deutschland zugespieltes internes Papier der Unternehmensberatung, welches der Optimierung von Geschäftsprozessen in der ARGE dienen soll. Wichtigste Ergebnisse sind die Klassifizierung von Hartz IV-Betroffenen in verschiedene Gruppen. Demnach bekommen zukünftig Personen zwischen 25 bis 40 Jahre die meisten Kontakte bei ihrem Fallmanager. Hauptaufgaben seien Kontrollen, konsequenter Sanktionierung und Aktivierung zu Maßnahmen (z. B. Ein-Euro-Jobs). Hingegen erhalten Schwerbehinderte und

ältere Erwerbslose nur noch zweimal im Jahr eine Beratung beim persönlichen Ansprechpartner. Außerdem sollen Fragen zu Leistungsangelegenheiten deutlich eingeschränkt bzw. auf Telefonhotlines ausgelagert werden. Internes Papier als Download: www.erwerbslosenforum.de/rolandberger.pdf

Kirchengerichtshof der EKD stoppt Leiharbeit

HANNOVER. Der Kirchengerichtshof der EKD hat in einer am 9.10.2006 verkündeten Entscheidung den Mitarbeitervertretungen das Recht eingeräumt, der Eingliederung von Leiharbeitnehmern zu widersprechen. Damit können Mitarbeitervertretungen verhindern, dass diakonische Einrichtungen die kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen durch den Einsatz von Leiharbeitnehmern unterlaufen. Immer mehr Einrichtungen nutzen Möglichkeiten des im Zuge der sog. Hartz-Reformen liberalisierten Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und beschäftigen niedriger entlohnte Leiharbeitnehmer anstelle regulärer Arbeitnehmer. www.ag-mav.de

Programm zum 12. Kongress „Armut und Gesundheit“ erschienen

BERLIN. Am 1./2.12. findet zum zwölften Mal der bundesweite Kongress „Armut und Gesundheit“ in Berlin statt. Mehr als 1.500 Teilnehmende aus Wissenschaft, Politik und Praxis zu dem Kongress unter dem Motto „Präventionen für gesunde Lebenswelten – „Soziales Kapital“ als Investition in Gesundheit“ erwartet. Die Schirmherrschaft haben die Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, übernommen. Wer in Deutschland arm ist, hat ein doppelt so hohes Risiko zu erkranken und eine um bis zu zehn Jahre geringere Lebenserwartung als Menschen mit höherem Einkommen. www.gesundheitliche-chancengleichheit.de



Nürnberg: Tausende verhindern NPD-Aufmarsch

NÜRNBERG. Mehrere Tausend „Bürgerliche“ und „Linke“ blockierten die Demo-Route, auf der die Nazis die Geschichte revidieren möchten. Die linke Kundgebung dauerte fast acht Stunden! Der NPD-„Aufmarsch“ bestand nur aus ca. 100 Leuten. Die Polizei sperrte dafür halb Nürnberg ab.

Der Naziaufmarsch der rechtsextremen NPD am 14.10.2006 war von Anfang an als Provokation geplant. Vom Gerichtsgebäude, in dem ab 1946 die Nürnberger Prozesse stattfanden, sollte ein Demozug über den Ort der ehemaligen Deutschen Arbeitsfront (DAF), dem Gründungslokals der Nürnberger NSDAP sowie dem Hotel Deutscher Hof und dem Ort, an dem die NS-Rassegesetze verabschiedet wurden, bis hin zum Opernhaus veranstaltet werden, der zu allem Überfluss durch das bunte Viertel Gostenhof führen sollte. Nur wurde daraus nichts, weil sich Tausende von entschlossenen NürnbergerInnen ihnen entschlossen entgegenstellten, obwohl die Polizei ihr möglichstes tat, den Nazis eine Demo zu ermöglichen! Sie sperrte schlichtweg die Fürther Straße, d.h. eine der wichtigsten Straßen Nürnbergs, komplett nach links und rechts

mit Absperrgittern und einem Großaufgebot ab.

Schon um 9.30 Uhr trafen sich ca. 500 bis 1000 Menschen des eher autonomen und linken Spektrums am Plärrer. Gleichzeitig fand direkt vor dem Gerichtsgebäude ca. 3 km weiter, d.h. dem Startpunkt der Nazi-Demo, die um ca. 14 Uhr beginnen sollte, eine Kundgebung mit Opfern des Naziregimes mit ca. 100 Menschen statt. Währenddessen setzte sich der Demozug am Plärrer mit mittlerweile ca. 2000 Menschen in Gang die Fürther Straße entlang (d.h. den Nazis entgegen). Eigentlich sollte der Zug dann weg von der späteren Nazi-Route nach Gostenhof führen. Doch die Demo entschloss sich kollektiv spontan, nicht mehr weiter zu gehen. Vor einer Absperrung der Polizei kam die Demo zum Stehen. Dort verharren die TeilnehmerInnen ca. 6 Stunden lang! Zwei Nazis zeigten sich zwischenzeitlich am Rande der gestoppten Demo. Sie wurden gebührend begrüßt und nur die Polizei konnte sie schützen...

Um ca. 14 Uhr, d.h. dem offiziellen Beginn der Nazi-Demo am Gerichtsgebäude, fand am Kornmarkt, d.h. an einem Ort ca. fünf Kilometer entfernt von

der eigentlichen Nazi-Route ein Kundgebung von Gewerkschaften, Parteien und dem Oberbürgermeister statt. Diese sahen aber irgendwann ein, dass diese Art von Protest nicht wirklich effizient ist und stiegen in U-Bahn-Sonderzüge bis hinter den eigentlich Startpunkt der Nazis. Die ca. 1000 bis 2000 Bürger wurden durch das Justizgebäude durchgeschleust und machten äußerst lautstark ihren Gefühlen gegenüber den Nazis Luft. Von der erst zwei Stunden verspätet beginnenden Kundgebung der Nazis hörte mensch nicht viel!

Die Nazis waren nun von 3000 AntifaschistInnen eingekreist!

Um ca. 16.30 Uhr setzte sich der Nazi-Demozug auf dem kurzen freien Stück geschützt durch einen Polizeikorridor auf der Fürther Straße in Bewegung. Zwischendrin gelang es Antifas auf die Route zu gelangen, sie wurden aber von den pflichtbewussten bayerischen Polizisten zurückgedrängt. Um ca. 17.30 Uhr kamen die Nazis in die Nähe der Blockade der Linken. Anscheinend wurde ihnen die Unsinnigkeit ihres Tuns bewusst und sie stiegen in die U-Bahn, um sich aus den Staub zu machen.

VVN für ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD

Berlin. Nach dem Einzug der NPD in den Mecklenburger Landtag und in Berliner Bezirksvertretungen häufen sich die Erklärungen zur Legalität der NPD. Diese Legalität wird der Nazipartei hierzulande entgegen den Lehren der Geschichte und dem Völkerrecht von 1945/1946 (Potsdam und UNO) sowie dem Grundgesetzartikel 139 zugesprochen.

Als erster brachte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Dr. Peter Struck ein neues Verfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsge-

richt ins Spiel. Viele Politiker aus der FDP und der CDU/CSU widersprachen ihm. Viele antifaschistische Gruppen begrüßten den Vorschlag, allerdings gab es sogar von Linken Widerspruch gegen Struck. Dabei wird der Hinweis auf das V-Leute-System ins Feld geführt, das einem neuen Verbotsverfahren entgegenstehe. Dieser Hinweis geht aber völlig in die Irre. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt erklärt, wenn der Formfehler – die unzulässige Beweisführung gegen die NPD mittels Zitaten aus Dokumenten und Äußerungen, die von V-Leuten stammen – beseitigt ist, steht einem neuen Verfahren nichts im Wege.

Auch das Gegeneinanderstellen von erzieherischen und aufklärerischen Aufgaben der Zivilgesellschaft und Repression gegen Faschisten ist wieder in

der Diskussion. Doch wer für die Auflösung und das Verbot der NPD eintritt, der wird zugleich stets die Notwendigkeit der antifaschistischen und demokratischen Aufklärungsarbeit im Blick behalten. Antifaschisten bekunden auf ihren Transparenten und auch anderswo: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“. Es geht also um Verbrechensbekämpfung, und die muss sein. Zugleich wird doch aber jeder vernünftige Mensch zustimmen, wenn gesagt wird: Die Erziehung des Menschen zur Einhaltung der Verfassung und zur Unterlassung von Verbrechen bleibt ebenso vorrangige Aufgabe wie die Strafverfolgung. Das eine ist durch das andere nicht zu ersetzen. Mord muss sowohl bestraft als auch verhütet werden. Das gilt auch für Mord-

Spontan bildete sich noch eine Demo der Linken in Richtung Opernhaus, um zu kontrollieren, ob auch wirklich die Nazis verschwunden seien. Als dort niemand mehr zu sehen war, ging es weiter zum Hauptbahnhof. Anscheinend waren die Nazis noch nicht weg, und der Hauptbahnhof wurde total abgeriegelt von dem massiven Aufgebot der bayerischen Polizei.

Resümee: Die Stadt Nürnberg als „Stadt der Menschenrechte“ hat sich nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert. Sie hat noch nicht einmal versucht die Demo zu verbieten. Sie hätte z.B. auch nicht so massiv Polizei anfordern müssen. Wäre dies nicht geschehen, wären die Nazis wesentlich weniger weit gekommen. Die Stadtspitze, welche in der Demo mit den „Bürgerlichen“ lief, hat sich dann schließlich doch zum dem Konzept der „Autonomen“ bekannt und sich schlicht gegen die Nazis gestellt. (Manchmal ist es so einfach!) Letztendlich muss mensch doch alles selber machen!! Die NazigegnerInnen haben einen extrem langen Atem gezeigt. Insgesamt acht Stunden musste mensch bei zugegeben guten Wetter verharren. Wäre dies nicht geschehen, die Nazis wären marschiert.

Die NPD muss wohl der Öffentlichkeit erklären, warum sie die komplette Verkehrsinfrastruktur einer Großstadt wegen 100 (!) Hanseln durch Steuergelder lahmlegen. <http://de.indymedia.org>

Hamburg – 3000 fordern: Schluss mit der Duldung faschistischer Umtriebe!

„Wir wollen eine solidarische Stadt, in der antisemitische und rassistische Angriffe von Neonazis entschieden zurückgewiesen werden – klar und eindeutig“, erklärte der Hamburger Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Dr. Norman Paech, auf der Auftaktkundgebung des „Bündnis gegen Rechts“. Ver.di-Landesbezirksleiter Wolfgang Rose ging in seiner Rede auf den Zusammenhang von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau ein. Dann zogen 3000 Antifaschisten und Antifaschistinnen vom Gänsemarkt lautstark, friedlich und ohne Zwischenfälle und Übergriff der Polizei durch die Hamburger Innenstadt. Zeitgleich startete auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz ein „Fest für Toleranz und gegen die braunen Parolen“. Ilse Jacob, die Tochter des antifaschistischen Widerstandskämpfers Franz Jacob, die in Folge ihres Engagements für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Anfang der 70er mit Berufsverbot belegt worden war, hinterfragte die Rolle des Verfassungsschutzes: „Auch Anfang der 70er Jahre war der Widerstand gegen neofaschistische Aktivitäten aktuell. Und auch hier spielte der Verfassungsschutz eine unrühmliche Rolle. Diskriminiert wurden diejenigen,



die die Faschisten bekämpften, geschützt wurden von staatlichen Organisationen die Nazis.“

Vier Haltestellen mit der Linie U1 entfernt, nutzten Anwohner und Antifaschisten eine von der Linkspartei angemeldete „Eilversammlung gegen Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt“ um sich von der Ritterstraße kommend, den Nazis auf ihrer Route entgegen zu stellen. An den friedlichen Protesten und Straßenblockaden beteiligten sich nach Angaben der Hamburger Polizei „bis zu 2.000 Personen aus dem linken Spektrum“. Gegen 16 Uhr setzte die Polizei insgesamt fünf Wasserwerfer gegen, als „Störe“ denunzierte Antifaschisten und Antifaschistinnen ein. Der Anmelder der Spontandemonstration sprach von einem „zunächst unsortierten“, später „unverhältnismäßig und teilweise brutalen Vorgehen der Polizei“, um den Aufmarsch der 170 Neonazis gegen den Protest überwiegend jugendlicher Anwohner und Antifaschisten zu ermöglichen.

Trotzdem musste die Route der Nazi-demonstration mehrfach geändert werden, bevor die Rechten gegen 17 Uhr am S-Bahnhof Hasselbrook mit einem Sonderzug der Linie S1 zu ihren Fahrzeugen verfrachtet wurden.

Wolfram Siede, (Mitglied im Landesvorstand VVN-BdA und Anmelder der Demonstration für das HBgr)

Chemnitz: „Schöner leben ohne Naziläden“

Am 14.10. demonstrierten etwa 1200 Antifaschisten im Rahmen der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“ unter dem Motto „Abriß Korrekt – Weg mit Backstreetnoise und PC-Records“. Bei den genannten Läden handelt es sich um Neonazigeschäfte, die Kleidung und rechte Musik verkaufen. Mehrfach pöbelten und provozierten Neofaschisten am Rande der Demonstration. Ver-

einzt kam es auch zu Steinwürfen und Schüssen mit Leuchtspermuniton auf die Demonstranten. Der Sprecher der Kampagne, Daniel Weber, zog dennoch eine positive Bilanz: Es sei die größte antifaschistische Demonstration in Chemnitz seit 1989 gewesen. „Das war ein deutliches Zeichen gegen die Hegemonie der Neonazis in dieser Stadt“, so Weber. www.jungewelt.de

hetze. Mit dem Verbot der NPD muss selbstverständlich auch die Bildung etwaiger Nachfolgeorganisationen unterbunden werden. Da gilt es, aus dem verfehlten FAP-Verbot durch die Innenminister zu lernen, denn FAP-Nachfolgeorganisationen entstanden ungehemmt, z.B. in Form der „freien Kameradschaften“.

Und selbst dann, wenn Nazis sich neu formieren, allerdings nicht parteiformig, so wäre damit kein Ersatz für eine finanziell stützte, staatliche geförderte und geduldeten Politik und Partei gegeben.

Inzwischen hat sich ein führender Politiker des von neuen NPD-Erfolgen betroffenen Landes Berlin, Klaus Wowereit, dem Vorschlag von Peter Struck zum NPD-Verbot angeschlossen. Viel-

leicht sollten nun alle Linken und Antifaschisten noch einmal über Strucks Vorschlag konstruktiv nachdenken. Sie würden damit nicht zu Anhängern der Politik Strucks, der sich mit der von ihm betriebenen Militarisierung der Außenpolitik schwer gegen die Lehren aus der Geschichte versündigt hat. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Konservativen im Lande beim Umgang mit der NPD bestimmte rechte Aussagen nicht tabuisiert sehen möchten und dass sie – wie zu oft geschehen – sogar mit politisch inhaltlichen wie auch organisatorischen Ressourcen des Rechtsextremismus liebäugeln. Weshalb sie Struck entgegentreten, der – wie auch in seinem Widerspruch zum Bundeswehreinsatz im Innern – erkennen lässt, dass er nicht allen Formen der Rechtsentwicklung im

Innern zustimmt. Wir sollten auch stets die Jahreszahl 1933 vor Augen haben, wenn wir über das Vorgehen gegen die Nazis und den Umgang mit den Sozialdemokraten sprechen. Denn damals fanden nicht alle demokratischen Kräfte zueinander, wie es notwendig gewesen wäre. Wenn Dr. Struck und andere SPD-Politiker nun ein Angebot zum Vorgehen gegen Rechts machen, sollte es zumindest ausprobiert werden. Viele Antifaschisten haben eine Riesenangst davor, dass wieder der Zeitpunkt verstreicht, an dem endlich gegen Rechts gemeinsam gehandelt werden könnte. Wenn jetzt nicht gegen die endgültige nachhaltige Legalisierung des deutschen Faschismus gehandelt wird, dann wird es vielleicht später zu spät sein.

Ulrich Sander, www.vvn-bda.de

**Dresdner Stadträte:
„Wohnungen nicht verkaufen!“.** FREIBURG. Anlässlich des am 12.11.06 anstehenden Bürgerentscheid zum Verkauf der städtischen Wohnungen in Freiburg waren auf Einladung von WASG und Linkspartei am Donnerstag, 12. Oktober, Stadträte aus Dresden zu Gast in Freiburg. Dort war im Frühjahr die Wohnungsbaugesellschaft mitsamt aller Wohnungen an den Investmentfond „Fortress“ verkauft worden. Auch in Freiburg will die Fortress die Wohnungen übernehmen. Auf einer mit über vierzig Teilnehmern gut besuchten Veranstaltung berichteten sie, wie in Dresden die Mieten schon kurz nach dem Verkauf angestiegen sind. Jürgen Muskulus, Vorsitzender der Linkspartei.PDS Dresden: „Die vereinbarte Sozialcharta läuft nach zehn Jahren aus. Fortress hat schon angekündigt: es wird Luxussanierungen und Weiterverkäufe geben.“ Entgegen anders lautender Presseberichte hat übrigens die Mehrheit der Stadtratsfraktion der Linkspartei gegen den Verkauf gestimmt. Dies bestätigte auch Ralf Vogel von der WASG Dresden: „Wiederholt nicht den Fehler von Dresden: die Wohnungen dürfen nicht verkauft werden!“ Abschließend erzählte noch Claudia Hertlein (auch Linkspartei) vom erfolgreichen Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Elblandkliniken in Meißen. Dort hatten u.a. Helios-Kliniken – auch Eigentümer des Herbolzheimer Krankenhauses – eine Übernahme geplant. Fazit: „Erfolgreiche Bürgerbegehren sind möglich und ein Beitrag, die Politik verdrossenheit zurückzudrängen.“ (hav) Quelle: Pressemeldung WASG & Linkspartei Freiburg

Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe: BERLIN. In einem offenen Brief erinnert der „Berliner Wassertisch“ SPD und Linkspartei PDS an ihre Wahlversprechen: „... Die bisherige Bilanz der Übertragung der Geschäftsführung an RWE und Veolia ist verheerend: Während den RWE- und Veolia-Aktionären in einen geheim gehaltenen Vertrag eine unverschämte Rendite von derzeit über 8 Prozent nicht etwa auf den Kaufpreis der Investoren (1,68 Mrd.), sondern auf das „betriebsnotwendige Kapital“ zugestanden wird, sind die Wassergebühren seit der Freigabe der Wasserpreise im Jahr 2003 bereits um über 28% Prozent gestiegen! Weitere Erhöhungen sind zu erwarten. Hinzu kommt, dass das Land Berlin auf einen Teil des ihm zustehenden Gewinns zugunsten der wohlhabenden Aktionäre verzichtet. Zusammen mit den explodierenden Strompreisen werden die steigenden Wassergebühren die Mietnebenkosten drastisch erhöhen. Für die ärmsten Be-

wohnerinnen und Bewohner dieser Stadt – Niedrigverdiener, Erwerbslose und Rentner – bedeutet dies ein steigendes Risiko von Mietschulden. Zugleich schrumpfen nicht nur die Investitionen der Wasserbetriebe, sondern auch die Beschäftigtenzahlen (seit der Teilprivatisierung von 6.300 auf 5100, weitere 1000 Stellen sollen abgebaut werden). Zugleich schwinden die Mittel für die Erhaltung der Trinkwasserschutzgebiete, den Schutz von Oberflächen- und Grundwasser sowie die Klärung der Abwässer. Wir fordern SPD und Linkspartei.PDS daher auf, die Prüfung verschiedener Ausstiegsmodelle aus der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe im Koalitionsvertrag verbindlich festzuschreiben.“ www.meinepolitik.de

Demonstration gegen LEG-Verkauf: DORTMUND. Dem Demo-Aufruf des Betriebsrates der Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft in Dortmund-Hörde (LEG-Tochterunternehmen mit 22000 Wohnungen) folgten über 800 Beschäftigte und Mieter/innen aus dem LEG-Verbund, Mieterbeiräte, Politiker und Aktive der Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“. Nach einer Auftaktkundgebung an der Geschäftsstelle der Ruhr-Lippe zog der Demonstrationszug zur Vorzeige-Großwohnanlage „Clarenberg“. Es folgte ein Autokorso von Handwerksunternehmen, die für den LEG-Verbund arbeiten. Auf der Abschlusskundgebung sprachen Ruhr-Lippe-Betriebsrat Thomas Christowzik, für die SPD Prof. Gerd Bollermann und MdR Annette Falkenstein, Ulrich Langhorst für den Dortmunder KV von B90/Die Grünen, Helmut Lierhaus für die Volksinitiative LEG und abschließend Theo Sträßer als Gesamtbetriebsratsvorsitzender LEG.

www.volksinitiative-leg.de

Gegen Privatisierung um jeden Preis: HANAU. Landrat Erich Pipa will die wirtschaftlichen Beteiligungen des Kreises nicht aufgeben. Nicht alle Dienstleistungen dürfen dem freien Wettbewerb überlassen werden. „Das sind Werte, die unsere Väter und Großväter geschaffen haben.“ Mit diesen Worten warnte Pipa (SPD) vor dem „allgemeinen Trend zur Privatisierung öffentlichen Eigentums“ ... sowie vor der Gefahr, die Sparkassen zu öffnen. In Ländern wie Italien sei der Rückzug aus dem flachen Land die Folge. Die Main-Kinzig-Kliniken seien Beleg, dass im Gesundheitswesen ohne Privatisierung und radikalen Personalabbau gewirtschaftet werden könne. Als alleiniger Träger schreibe der Kreis schwarze Zahlen und investiere ständig in moderne medizinische Versor-

gung. Auch im „knallharten Geschäft der Alten- und Pflegezentren“ gehöre der Kreis zu den öffentlichen Körperschaften, die ihre Senioreneheime sogar noch erweiterten. Selbst wenn viele Beschäftigte dort zuletzt im Rahmen eines Sanierungstarifvertrages auf Geld verzichtet hätten, würden sie besser bezahlt als andernorts. „Der regionale Stromversorger Kreiswerke Gelnhausen (KWG) liegt preislich günstiger als Energiemultis wie EnBW mit dem Discount-Produkt Yello-Strom“. Im Nahverkehr erwirtschaftete die KWG ein kleines Plus, ohne dafür Fahrer mit 5-Euro-Löhnen einzusetzen. Allerdings müsste man die Linien weiterhin intern vergeben dürfen. FR online 22.09.2006

EU-Vergaberecht: BERLIN. „Das europäische Wettbewerbs- und Vergaberecht darf nicht weiter durch die Hintertür einer Zwangsliberalisierung sowie eine Privatisierung kommunaler Aufgaben herbeiführen“, erklärten das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, sowie der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V., Michael Schöneich. DStGB und VKU bedauern, dass sich der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments (IMCO) in einer Entscheidung vom 10.10.2006 nur für eine teilweise Freistellung der interkommunalen Zusammenarbeit vom Vergaberecht ausgesprochen hat. „Wir fordern, dass Brüssel endlich erkennt, dass gerade die interkommunale Zusammenarbeit z.B. im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung vielfach die bürgerlichste, effizienteste und kostengünstigste Form der Aufgabenerfüllung ist. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass rein öffentlich-rechtliche Kooperationen kommunaler Gebietskörperschaften mit einer externen Ausschreibung an private Dritte gleichgesetzt und im Ergebnis dem europäischen Vergaberecht unterstellt werden.“ www.vku.de

Rechtssicherheit für Daseinsvorsorge schaffen: STRASBURG. Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament am 27.9. in Straßburg dem Bericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Bernhard Rapkay zur Daseinsvorsorge zugestimmt. Darin wird die Europäische Kommission zu gesetzlichen Initiativen aufgefordert: Rechtssicherheit soll die Qualität der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – wie Schulen, Krankenhäuser, Verkehr, Wasser- und Energieversorgung – garantieren und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Der Europäische Gewerkschaftsverband für den ÖD (EGÖD) und ver.di unterstützen diese Ziele. www.verdi.de/Nachrichten (Zusammenstellung: ulj)

Welche Tarifpolitik soll Verdi an den Krankenhäusern machen?

STUTTGART. Nach den harten Tarifaus-einandersetzungen mit Streiks von Verdi um die Arbeitszeit im Frühjahr und dem anschließenden Streik der Ärzte des Marburger Bundes stellt sich die Frage wie Verdi die kommenden Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen an den Krankenhäusern führen will. Die Verdi-Vertrauensleute des Klinikums Stuttgart melden sich zu Wort (wir dokumentieren aus dem Krankenhausinfo) und meinen, dass vor allem hohe Gehaltsforderungen angebracht seien. Dem steht entgegen, dass die Klinikbetreiber (ob private oder öffentliche) jetzt die Rationalisierungspotentiale haben wollen und heben müssen, die sich durch die technischen Änderungen in der ärztlichen und pflegerischen Tätigkeit ergeben. Das geht über geänderte Arbeitsorganisation bis hin zu Fusionen von Krankenhäusern auch über Gemeindegrenzen hinweg. Die Politik, die das Gesundheitswesen reguliert, hat diese Richtung mit der Einführung der Fallpauschalen verstärkt, weil die Tätigkeiten vergleichbarer und bewertbarer sind. Mit der jetzt in der Diskussion befindlichen Gesundheitsreform wird diese Richtung fortgesetzt. (alk)

Brief der Vertrauensleute an den Verdi-Vorsitzenden Bsirske: „Im Klinikum hat unsere Gewerkschaft durch den zurückliegenden Streik einen deutlichen Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahl ist um über 33% gestiegen. Viele KollegInnen, die im Streik aktiv waren, wollen dies auch weiterhin bleiben. So konnten wir zwischen Mai und Juli sage und schreibe 150 Vertrauensleute im Klinikum (6000 Beschäftigte) wählen ... Im Juli haben wir innerhalb einer Woche über 1700 Unterschriften von Beschäftigten an Oberbürgermeister und Gemeinderat zur Unterstützung der 150-Euro-Forderung gesammelt und diese in öffentlicher Sitzung im Rathaus übergeben. Derzeit bereiten wir den Aktionstag am 21. Oktober vor. Wir sind auf einem guten Weg.“

Sehr wichtig für die weitere Stärkung unserer Gewerkschaft ist es aber auch, dass aufgebautes Vertrauen nicht wieder zerstört wird. In diesem Zusammenhang möchten wir eine Kritik formulieren, die u.E. einen entscheidenden Punkt der weiteren ver.di-Strategie in den Krankenhäusern berührt.

In der ver.di-Infopost Krankenhäuser August 2006 „Einkommen für alle Beschäftigten erhöht!“ wird wie folgt argumentiert (Zitat):

„Mit diesem Abschluss müssen die kommunalen Krankenhäuser zusätzliche finanzielle Belastungen verkraften. In vielen Krankenhäusern ist damit die Grenze des Finanzierbaren erreicht. Die

komunalen Träger sind häufig nicht in der Lage oder gewillt, eintretende Defizite ihrer Krankenhäuser zu übernehmen. Weitere finanzielle Belastungen sind deshalb nicht mehr tragbar. Über diesen Abschluss hinaus gehende Forderungen gefährden die Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft.“

Wir halten diese Aussage für vollkommen falsch. Nicht nur, weil ver.di damit selbst die Behauptung aufstellt, dass ihre eigene Forderung von 150 Euro mehr für alle, die ja unbestreitbar weit über diesen Abschluss hinausgegangen ist, die öffentliche Trägerschaft der Krankenhäuser gefährdet habe. Sondern auch, weil sich ver.di mit einer solchen Aussage für die Zukunft jede weitere finanzielle Forderung zugunsten der Krankenhausbeschäftigte selber verunmöglicht und sich die Hände bindet.

Die Beschäftigten sind nicht für die Krise der Krankenhausfinanzierung verantwortlich. Wenn die Krankenhäuser nicht mehr ordentlich finanziert werden, so sind entsprechende Forderungen an die Politik zu richten. Wir müssen unsere Forderungen alleine an den Bedürfnissen unserer Kolleginnen und Kollegen ausrichten und nicht danach, welchen finanziellen Spielraum der Gesetzgeber den Krankenhäusern gibt und welche Brosamen von einem marktwirtschaftlich organisierten Gesundheitswesen möglicherweise noch für uns abfallen könnten oder nicht. Deswegen erwarten wir von unserer Gewerkschaft

eine klare Positionierung gegen die derzeitige Krankenhauspolitik.

Wir haben seit Jahren Reallohnverluste hinnehmen müssen. Der TVöD ist ein Absenkungstarifvertrag, der bei unseren KollegInnen und Kollegen aus verständlichen Gründen alles andere als Begeisterungsstürme auslöst. Die aktuell vereinbarten Verbesserungen sind sicher besser als nichts, sie ändern aber auch nichts grundsätzlich daran.

Nicht nur wir, sondern alle KollegInnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst haben einen enormen finanziellen Nachholbedarf. Leider sind die Einkommenstarife erst zum 31.12.07 zu kündigen. Wir erwarten jedoch, dass ver.di die Diskussion um die Forderung und Mobilisierung bereits im Frühjahr einleitet. Wir sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Wir sind der Auffassung, dass diesmal eine massive Lohnforderung gestellt werden muss, die weit über das in den letzten Jahren Übliche hinausgeht und die auch, anders als die letzten Abschlüsse, die unteren Entgeltgruppen ganz besonders berücksichtigt. Gleichzeitig muss eine politische Begleitkampagne geführt werden, die verdeutlicht, dass die Beschäftigten nicht gewillt sind, noch länger die Folgen einer katastrophalen Gesundheitspolitik zu tragen und die sich für eine grundsätzlich andere, nämlich bedarfsoorientierte Krankenhausfinanzierung ausspricht.“

Krankenhausinfo, Oktober 2006

Krankenhaus Herbolzheim

Privatisierungsabenteuer mit Helios gescheitert!

HERBOLZHEIM: Die geplante Schließung des Stadtkrankenhauses Herbolzheim stellt laut Dienstleistungsgewerkschaft ver.di das Scheitern der Privatisierung mit Helios am Standort Herbolzheim dar. Damit sind rund 170 Arbeitsplätze durch das Verkaufsabenteuer von Bürgermeister Schilling in Gefahr, betont ver.di Sekretärin Ulrike Glogger. Offensichtlich hat die Aufsicht von Bürgermeister Schilling die jetzige Schließung des Standortes nicht verhindern können. In Arbeitnehmerkreisen war seit langem Unbehagen über das chaotische Management vorhanden – so wechselten die örtlichen Geschäftsführer in drei Jahren dreimal. Hilfestellung kam auch nicht von den benachbarten Helios-Kliniken in Breisach, Neustadt und Müllheim, die im Helios-Verbund Süd unter Geschäftsführerin Gräppi sind.

Der Verzicht von Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld längerer Arbeitszeit hat die Klinikschließung ebenfalls nicht verhindert. Laut Einschätzung von ver.di

hat den Helios-Konzern die wohnnahe Versorgung der Bevölkerung seit dem Kauf nicht wirklich interessiert. In Quartalsabständen wurde immer nur auf Betriebsergebnisse geschaut, ohne die Rahmenbedingungen für Herbolzheim ernsthaft zu verbessern. Die Beteiligung der Beschäftigten und des Beitragsrates fand nicht statt.

ver.di sieht jetzt den Helios-Konzern in der Verantwortung für die Beschäftigten Ersatzarbeitsplätze in der Region zu vermitteln und für die Beschäftigten, die nicht wechseln können, Sozialabfindungen zur Verfügung zu stellen. Dabei kommt auch der Stadt Herbolzheim eine wichtige Aufgabe zu, da laut Gesellschaftervertrag eine Rückfallklause vereinbart ist, die die Weiterbeschäftigung beinhaltet. ver.di wird die Initiative ergreifen, damit die Politik vor Ort und im Land Verantwortung bei Helios einfordert und selbst bei der Lösungssuche Hilfestellung leistet.

<http://suedbaden.verdi.de>

IG Metall startet neue Folge des „Tatorts Betrieb“: Alternsgerechte Arbeiten

Folgenden einleitenden Beitrag hielt der baden-württembergische IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann auf der Auftaktveranstaltung „Erst ausgepresst – dann abserviert! – Humane Arbeit für Jung und Alt“ zur Kampagne für alternsgerechte Arbeit am 21. September in Leinfelden-Echterdingen. Weitere Beiträge und Folenvorträge sind auf der Internetseite der IG Metall dokumentiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 18 Jahren eine Erfolgsgeschichte: „Aktion Tatort Betrieb“. In den sieben verschiedenen Themen der Tatorte wurden von „Kühlschmierstoffe“ über „Heben und Tragen“ bis hin zum letzten „Tatort Stress – Terror für die Seele“, immer wieder wichtige Bereiche des Arbeits- und Gesundheitsschutzes aufgegriffen. Tatort Betrieb hat immer skandalisiert, angeprangert und somit die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben unter die Lupe genommen, damit sich diese für die Beschäftigten verbessern. Heute ist der Startschuss eines neuen Tatortes. Die Täter sind schon kräftig am Wirken: – es sind die Arbeitgeber, die durch immer höheren

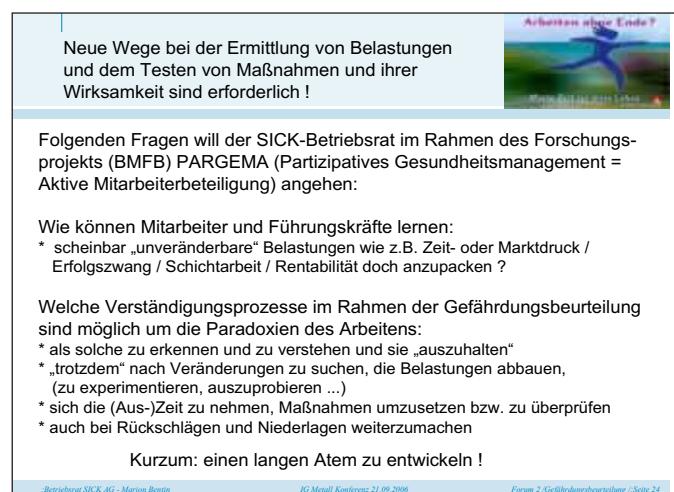
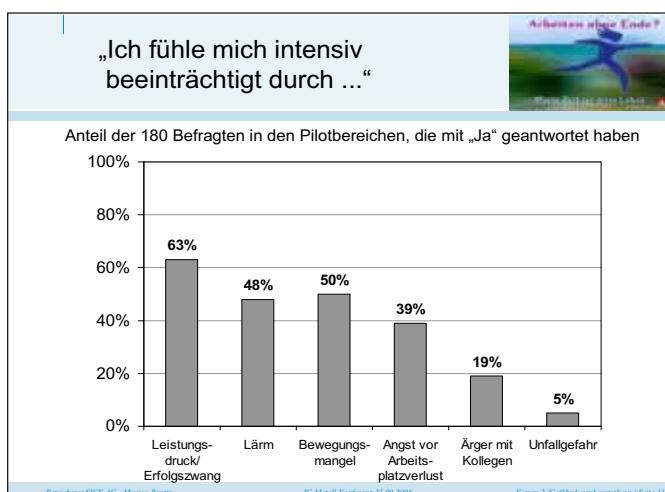
Leistungsdruck die Gesundheit gefährden – es sind dieselben, die Ältere ausgrenzen, nicht nur in der Einstellungspolitik, sondern auch in der notwendigen Qualifizierung – und es ist die Politik, die frei von jedem Praxisbezug mit den Plänen zur Verlängerung des Rentenzugangsalters und dem Schließen von Ausstiegsmodellen, die Folgewirkungen von Massenarbeitslosigkeit und demographischem Wandel auf die betroffenen Arbeitnehmer abwälzt.

(...) wenn wir vom Tatort Betrieb sprechen müssen, was alternsgerechtes Arbeiten angeht, dann heißt dies im Umkehrschluss: Alle Versuche das Rentenalter nach oben zu setzen, Ausstiegsmodelle zu schließen, macht die Politik zum Mitschuldigen, wenn in dieser Gesellschaft sozialer Zusammenhalt und Stabilität verloren geht, wenn nur zu Lasten der abhängig Beschäftigten gehandelt wird. Und daher sagen wir klar und deutlich: Lasst diesen Unsinn mit einer faktisch weiteren Rentenkürzung durch die Erhöhung des Rentenzugangsalters. Die Rente mit 67 ist und bleibt ein Irrweg.

Und wir sagen weiter: Solange in den Betrieben alternsgerechtes Arbeiten eben nicht selbstverständlich ist, brauchen wir auch in Zukunft Ausstiegsmodelle vor der gesetzlichen Rente. Wir können das Auslaufen der Altersteilzeit 2009 nicht akzeptieren, wenn kein wertgleicher Ersatz auf den Tisch kommt.

Und ich sage dies mit einem Blick auf die aktuellen Ausbildungszahlen: Diese Gesellschaft lebt von der Generationssolidarität. Wer versucht Alt gegen Jung zu stellen, wer sozialen Zusammenhalt gefährdet, indem er keinen Platz für Ausbildungs- und Beschäftigungschancen Jüngerer schafft, der spielt mit dem Feuer. Auch der Arbeitsmarkt zeigt all den Befürwortern einer Verlängerung des Rentenzugangsalters die rote Karte.

Und daher werden wir nicht nur einen langen Atem brauchen, um im Betrieb die Voraussetzungen für alternsgerechtes Arbeiten durchzusetzen, wir brauchen auch den politischen Protest gegen eine Politik zu Lasten jüngerer und älterer Beschäftigter. Auch den Protest auf der Straße. Der 21. Oktober ist



Die IG Metall hat auf ihrer Internetseite aus dem Vortrag von Marion Bentin, Betriebsrätin bei der Elektronikfirma Sick AG in Waldkirch, Folien dokumentiert. Bei Sick hat der Betriebsrat nach langen Auseinandersetzungen erreicht, dass sich auch die Firmenleitung an Untersuchungen über den betrieblichen Gesundheitsschutz beteiligt. 2005 fand eine von der Uni Freiburg begleitete Gefährdungsbeurteilung in Pilotbereichen statt. Zwei Beispiele aus den Workshop-Ergebnissen: (Zitate aus dem Abschlussbericht der Uni Freiburg.)

Produktionsabteilung: „Die Kombination aus alltäglichem Leistungs- und Zeitdruck, dem parallelen Bearbeiten mehrerer Aufgaben, ständiger Konzentration und zahlreichen Arbeitsunterbrechungen wird als wichtigste Gefährdung aus Mitarbeitersicht deutlich. Zusätzlich zu diesen Gefährdungen mit Priorität A wurde angemerkt: „Viele Belastungen sind normaler Bestandteil der Aufgabe“ ... Schichtsystem ist nicht für jeden Mitarbeiter langfristig geeignet. Es stellt sich insbesondere die Frage, inwiefern man älteren Mitarbeitern eine langfristige Perspektive in diesem Bereich bieten kann.“

Entwicklungsbereich: „Als zentrale Gefährdungen wurden von den Workshopteilnehmern insbesondere Umgebungsfaktoren wie eine zu hohe Zimmertemperatur im Sommer, Platzmangel oder Lärm in den Büros angegeben. Zeitmangel, Arbeitsunterbrechungen, aber auch das Thema Fluktuation von Mitarbeitern tauchten zudem als zentrale Gefährdungen auf. Beachtenswert ist, dass die Vielzahl an Schnittstellen als belastend erlebt wurde. Grundsätzlich ist die Möglichkeit, bei der Aufgabenerledigung mit anderen zu kooperieren und zu kommunizieren, positiv einzuschätzen, allerdings

scheinen in der Abteilung Forschung und Entwicklung die Abstimmungsbedarfe so hoch zu sein, dass dies bereits als überfordernd erlebt wird... Noch wichtiger erscheint aktuell die Bereitstellung personeller Ressourcen(z.B. Neueinstellungen).“ Als offene Fragen und Aufforderung an die Forschung formuliert die Sick-Betriebsräatin: Die weitere arbeitsmedizinische Bearbeitung des Themas: „Fehlbelastungen und Ressourcen“: Die lange Zeit vertretene These: „Je vielseitiger und selbstbestimmter die Arbeit, desto gesundheitsförderlicher“ stimmt immer weniger. Seit letzter Woche liegen die Ergebnisse der zweiten Pilotrunde (Abt. Finance, IS, Personabteilung, Produktion Division 05) vor: Hauptergebnisse in den indirekten Bereichen: „Hoher Handlungsspielraum und gute bis sehr gute Ressourcen“. Hauptbelastungen: Zeitdruck und Arbeitsunterbrechungen, quantitative Überforderungen.

Was in der wissenschaftlichen Diskussion viel mehr problematisiert werden müsste: „Projektarbeit – terra incognita für den Arbeits- und Gesundheitsschutz?“ „Der traditionierte Arbeitsschutz (stößt) bei vielen der neuen Arbeitsformen an die Grenzen seiner Wirksamkeit ... Mit den neuen Paradoxien moderner Dienstleistungsarbeit, die etwa mehr Autonomie bieten, die Beschäftigten jedoch neuen (Markt-) Zwängen unterwerfen, sind die meisten Analysemethoden überfordert ... Gerade dort, wo die Arbeitsbedingungen mehr durch Kunden, Zielvereinbarungen und Rahmensteuerung als von Aufgaben bestimmt sind, finden sich immer mehr empirische Hinweise darauf, dass hohe Handlungsspielräume keinen positiven Einfluss auf die Gesundheit haben, Kooperation auch zur Belastung werden kann ...“ (WSI-Mitteilungen Nr. 9 /2005:Anja Gerlmaier)

hierfür ein wichtiger Auftakt.

Immer noch und wieder ein Thema: Humane Arbeitsbedingungen: Dass die Beschäftigten in den Betrieben das Thema Demografie als Bedrohung und nicht als Chance wahrnehmen, ist aber vor allem den heute herrschenden Arbeits- und Leistungsbedingungen mitgeschuldet. Alternsgerechtes Arbeiten – heißt für die IG Metall humane Arbeitsbedingungen.

Die IG Metall versteht alternsgerechtes Arbeiten nicht als Projekt für ältere Arbeitnehmer. Einerseits bedarf es Lösungen, also neue Altersübergangsregelungen für das auslaufende Altersteilzeitgesetz und eine vor Armut schützende Altersvorsorge. Andererseits müssen grundlegend die Arbeitsbedingungen in den Betrieben auf den Prüfstand gestellt werden. Aktuell erleben die Beschäftigten in den Betrieben, dass Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert werden, kürzere Taktzeiten zunehmen, Gruppenarbeit aufgegeben wird usw. Anstatt der Angriffe der Arbeitgeberseite – wie in der diesjährigen Tarifrunde mit der Aufkündigung des Lohnrahmen II – bedarf es Wiederbelebung der Humanisierungsprojekte der 80er Jahre. Die Würde der Arbeitnehmer muss in den Mittelpunkt der Unternehmen gestellt werden. Nicht Kostensenkung und Erpressung unter dem Deckmantel der Standortsicherung. Arbeitspolitik und Arbeitsorganisation müssen auf die Tagesordnung von Betriebsräten und Unternehmensleitungen gesetzt werden.

Wir haben die Betriebe befragt: Beteiligung von 325 Betrieben in allen Größenordnungen. Knapp 20 % der Unternehmen kennen die Altersstrukturen und können bei der Personalpolitik vorausschauend Personalentwicklungen beachten. Ähnlich sieht es bei der Gesundheitsprävention und gezielten Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer aus. Dies heißt im Umkehrschluss aber auch: 80 % der Unternehmen machen sich keine Gedanken, haben nicht einmal die Übersicht über die demographische Entwicklung ihrer Belegschaften und daraus abzuleitender Maßnahmen.

Im Rahmen des letzten Tatortes wurde ein Startverfahren für psychische Belastungen für die Betriebe erarbeitet. In Baden-Württemberg ist das Thema Gefährdungsbeurteilung überproportional stark thematisiert worden, trotzdem gibt es die klassische Gefährdungsbeurteilung trotz zwingender gesetzlicher Vorgaben nur in 70 % der Betriebe und mit der psychischen Belastungsbeurteilung davon nur bei 20 %. Wer in den Unternehmen nicht feststellt, wie Arbeitnehmer durch Arbeitsbedingungen belastet werden, wer will dann auf Erhaltung der Erwerbsfähigkeit der Menschen in der Arbeitswelt positiv Einfluss nehmen?

Wie will man in den Unternehmen feststellen, ob Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisationen Auswirkungen auf die älteren Arbeitnehmer haben?

Ich will hier nur daran erinnern, dass in den Betrieben die ERA einführen, auch die Bestimmungen für Arbeitsorganisation und Arbeitseinsatz einsatzengeschränkter Kolleginnen und Kollegen zur Geltung kommen. Auch hier darf nicht allein gut geschriebenes Papier im Raum stehen, sondern hier muss betriebliche Praxis verbessert werden.

Qualifizierung ist eins der wesentlichen Elemente für die Zukunft und den sich verändernden Anforderungen an die Arbeitnehmer. Der Qualifizierungstarifvertrag in Baden-Württemberg ist hierzu ein wesentlicher Beitrag. Aber: Auch hier können wir uns nur mühsam gegen einen rein kurzfristigen verwertungsbezogenen Qualifizierungsbegriff der Arbeitgeber durchsetzen. Eine systematische Weiterbildung, gerade auch für ältere Arbeitnehmer bleibt die seltene Ausnahme.

Wenn wir alternsgerechtes Arbeiten bei den Arbeitgebern einfordern, haben wir dann starke Karten, wenn sie sich nicht aus der Verantwortung für ältere Beschäftigte flüchten können. Ankerpunkt und damit aber auch zentraler Angriffspunkt ist hierfür unsere tarifliche Alterssicherung. Ich sage: Es gibt keine Alternative für diesen Schutz älterer Arbeitnehmer. Eine weitere Lockerung des Kündigungsschutzes ist der Weg in die vollkommen falsche Richtung. Wir müssen und werden den heutigen Alterssicherungsschutz mit aller Kraft verteidigen.

Wir müssen und werden uns mit den Arbeitgebern über Nachfolgemodelle zur Altersteilzeit, aber auch zur Sicherung eines auskömmlichen Rentenniveaus auseinandersetzen müssen. Wir dürfen sie hier nicht aus der Verantwortung lassen. Wir haben hierzu letztes Jahr eine Gesprächsverpflichtung mit Südwestmetall geschlossen und wir werden versuchen hieraus eine konkrete Verhandlungsverpflichtung zu machen, die darauf zielt, bis spätestens Mitte 2008 zu Ergebnissen zu kommen.

(...) Der Tatort Betrieb hat immer aufgerüttelt, Initiativen und Engagement geweckt. Der nun startende neue Tatort greift eines der zentralen gesellschaftspolitischen Themen von heute auf. Er stellt den Tatort Betrieb noch mehr als vielleicht vergangene Themen in den Kontext aktueller politischer und tarifpolitischer Auseinandersetzung. Das ist gut so, weil wir unsere Kräfte bündeln müssen.

Für mehr Generationensolidarität, für humane und alternsgerechte Arbeitsbedingungen vom Beginn bis zum Ende des Berufslebens.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass diese Konferenz kräftige Impulse setzt und Initiativen weckt.

BDI hat europäische Perspektive für die Türkei. FAZ, Sa. 7.10.06.

BDI-Vorsitzender J. Thumann beteuert, die Wirtschaft praktiziere bereits, wovon die Regierung noch rede. Bundeskanzlerin A. Merkel hatte sich beeindruckt gezeigt von der Dynamik der türkischen Wirtschaft, die sie auf die kraftvollen Reformen der Regierung Erdogan zurückführte. Das erste Kraftwerk sei nahe der Schwarzmeerstadt Sinop geplant. Mit deutschen Unternehmen führe man bereits Gespräche. Geplant seien Kraftwerke von 5000 Megawatt. Thumann forderte, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nüchtern und sachlich anzugehen und nicht mit innenpolitischer Aufgeregtheit. Die verbesserten Rahmenbedingungen für in- und ausländisch Investoren hingen nicht zuletzt mit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober zusammen.

Löhne in Osteuropa ziehen an. FAZ, Do. 12.10.06.

Immer mehr kleine und mittlere Betriebe, die in den vergangenen Jahren ihre Standorte nach Osteuropa, z.B. Polen, Ungarn oder Lettland verlagert haben, kehren jetzt wieder an den Sitz nach Deutschland zurück. Von einer Rückverlagerungswelle aus dem Ausland könne zwar noch keine Rede sein, urteilt das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe; rd. 55 Mrd. Euro sind 2005 nach einer Studie des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche immerhin in die osteuropäischen Länder geflossen. Ca. 1200 Unternehmen seien aber allein in den vergangenen vier Jahren wieder nach Deutschland zurück gekommen. Ein Grund für den Rückzug aus Osteuropa ist – besonders im verarbeitenden Gewerbe – der Anstieg der Lohnkosten um fünf bis neun Prozent im Jahr. Allerdings spielt für 42 % der Unternehmen nach einer Untersuchung der bayerischen Wirtschaftskammern die Erschließung neuer Märkte in Osteuropa eine wichtigere Rolle als Lohnkosten zu senken. Hierbei würden die kulturellen Unterschiede aber oft unterschätzt. Man benötige jemanden, der die Mentalität der Menschen kenne und zudem über eine verantwortliche Position und damit über Eigeninteresse am Gedeihen des Unternehmens verfüge.

BDI gegen Zementierung der Gewerbesteuer. HB, Do. 12.10.06.

K. Brunig, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI, hält die Pläne der Arbeitsgruppe Unternehmenssteuerreform für verfehlt. Die Arbeitsgruppe beabsichtigt u.a., die Gewerbesteuer um gewinnunabhängige Elemente zu erweitern, um die Steuerausfälle der geplanten Körperschaftssteuersenkung von 39 auf 29% auszugleichen.

Presseauswertung: rst

Der hier dokumentierte Bericht ist im Kontext der Studienreihe „Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik“ entstanden, die vom Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung e.V. in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik der Linkspartei.PDS im Münchner Stadtrat initiiert wurde. Er wurde in einer Beilage zu der Zeitschrift Mit-Links (Nr. 16) veröffentlicht, die von der offenen Liste der Linkspartei.PDS im Stadtrat Münchens herausgegeben wird. Am Standort München gibt es für die Beschäftigung mit der auf den ersten Blick weitab von politischer Aktualität entlegenen Frage den besonderen Anlass der 2008 anstehenden 850-Jahr-Feier der „Gründung“.

Die Stadt ein / kein Konzern – Ein Blick auf die Anfänge Münchens

Inhalt

7 Vorwort

9 DIE GEOGRAPHISCHE AUSGANGSLAGE

DER VERLEUGNETE BISCHOF

- 15 Der Augsburger Regalienspruch Friedrich Barbarossas von 1158
- 23 Die bischöfliche Stadt und das Haus Wittelsbach nach 1180
- 33 Bürgerschaftliche Verselbständigung und erstes Judenpogrom



Die Kaiserliche Attitüde

- 35 1315–1347: Herzoglicher Zentralort oder Reichshauptstadt?
- 41 Traum und Trauma des wittelsbachischen Kaisertums
- 42 Bürgerlicher Wohlstand und dynastische Selbstdarstellung im 15. Jahrhundert
- 47 Die Frauenkirche als religiöses und dynastisches Zentrum Münchens
- 49 1505: München als Haupt- und Residenzstadt des wieder vereinigten Bayern

DAS «DEUTSCHE ROM»

- 53 1522: Die Einheitlichkeit der Konfession
- 56 Der jesuitische Standpunkt
- 61 Die vom Fürsten vereinnahmte Stadt
- 66 Die Wächterfunktion des Stadtherrn nach 1618
- 74 Der Bürger als Statist – die Zeit des Absolutismus
- 84 1745–1799: Aufklärung und mißverstandene Reformen
- 92 1802: Das Ende der exklusiven Katholizität und die Klostersäkularisation

«ISAR-ATHEN»

- 101 1806: Hauptstadt einer bayrischen Monarchie
- 107 Die königlichen Initiativen
- 113 1848: Die Entfremdung zwischen Bürgern und König
- 122 Der Bürger als Stadtherr – die erfolgreichen Jahrzehnte nach 1870
- 136 1918: Die Revolution des Kurt Eisner

EXERZIERPLATZ POLITISCHER EXTREMISTEN

- 147 Die Münchner Räterepublik von 1919
- 155 1923: Der Hitler-Putsch und die Folgen

n

KULTISCHES ZENTRUM DES «DRITTEN REICHS»

- 167 Machtaufnahme und Machterhalt der Nationalsozialisten
- 174 1935: «Hauptstadt der Bewegung»
- 182 Die «Stadt der Deutschen Kunst»
- 187 Die Vertreibung und Ermordung der Münchner Juden

DIE TRÜMMERSTADT

- 193 1942–1945: Der Luftkrieg gegen München
- 199 Der Neubeginn 1945
- 203 Der Wiederaufbau Münchens

VON DEUTSCHLANDS «HEIMLICHER HAUPTSTADT»

ZUR OLYMPIASTADT

- 211 1957: Das «Millionendorf»
- 213 Olympischer Lorbeer und der Schritt ins 21. Jahrhundert

ANHANG

- 220 Literaturauswahl
- 221 Bildnachweis
- 222 Personenregister

Wir haben uns bemüht, unsere Diskussion des Problems „Die Stadt ein / kein Unternehmen“ ausführlich zu dokumentieren. Die Begleittexte zu unserer Studienreihe sind unter www.pds-muenchen-stadtrat.de als PDF vorhanden. Sie wurden als Beilage zur Zeitschrift Mit-Links (Nr. 14, BSR 1, Nr. 15, BSR 2 und Nr. 16, BSR 3) verbreitet. Im Folgenden wird im laufenden Text auf diese Blätter unter BSR 1 und BSR 2 verwiesen.

Unsere Orientierungsdiskussion ergab, dass die europäisch-neuzeitliche Stadt in Anlehnung an die von Max Weber (BSR1) entwickelte Definition am ehesten als „wirtschaftender Verband“ aufgefasst werden kann. Im Unterschied zu einem reinen Wirtschaftsverband, dessen Verhalten durch den Erwerbszweck gesteuert wird, richten wirtschaftende Verbände ihr Verhalten auch wertrational aus (BSR 2).

So wird der Haushalt der Stadt unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Momente, aber mit politischen Zielsetzungen begründet. Als wirtschaftender Verband stellt die Stadt öffentliche Güter bereit. So weit diese kostenlos oder auch gegen Gebühren in die Reproduktion der Bevölkerung einfließen, hat sich im Sprachgebrauch der fürsorglich klingende Begriff der „Daseinsvorsorge“ festgesetzt; wenn es um Leistungen für die Unternehmen geht, wird lieber von Infrastruktur gesprochen.

Es ist ratsam, den Komplex der Bereitstellung öffentlicher Güter nicht eng aufzufassen. Auch die Pflege von Traditionen, geschichtsträchtigen Baulichkeiten, regionalen Bräuche, Ausstellungen usw. gehören dazu. Die Struktur dieser öffentlichen Einrichtungen bietet den Menschen der Stadtgesellschaft Chancen, setzt Bedingungen und zieht auch Grenzen. Die Begegnung mit dieser Struktur weckt bei den Einzelnen ein spezifisches Lebensgefühl. So macht die Stadt München aus ihren Einwohnern Münchner, die dann auf die Idee verfallen können, die Stadt noch münchenischer zu machen usw. bis zum Exzess.

Der Stadtarchivar Dr. Richard Bauer merkt in der Einleitung zu seiner „Geschichte Münchens“ (siehe Seite 19, Kasten) an, München sei eine „außerordentlich selbstverliebte“ Stadt. Damit ist schon gesagt, dass städtisch-heimatische Selbstliebe kein Münchner Sonderphänomen ist, hier aber doch besonders ausgeprägt vorliegt.

Der Komplex der verfestigten, kulturellen und materiellen Lebensbedingungen wird als Datum, als kaum verrückbare Gegebenheit erfahren. Dazu gesellt sich die lokale öffentliche Meinung, die von kritischen Anstrengungen der Einzelnen noch am ehesten berührt wird, zunächst aber ebenfalls als Gegebenheit erlebt wird.

Kommunale Politik greift in das Gefüge der Daseinsbedingungen gestaltend ein. Sie erhält die einen Strukturen und lässt andere untergehen. Sie macht die Stadt autogerecht oder schafft Fußgängerzonen. Sie duldet bis an den Rand des technisch gerade Möglichen aufgetürmte Hochhäuser oder setzt Grenzen. Sie legt ein Netz von Stadtbächen an, vergräbt sie später und deckt sie dann wieder auf. Sie lässt die Entstehung von Elendsvierteln zu oder steuert dagegen.

Alle diese Aktionen stoßen auf geschichtliche Voraussetzungen und werden, kaum verwirklicht, ihrerseits zur Voraussetzungen neuer Entscheidungen.

In diesem Prozess entstehen nicht nur die auffälligen monumentalen Bauten, sondern auch prägende Normen, Argumentationszusammenhänge, die im geschriebenen Recht, aber auch in der öffentlichen Meinung verfügbar bleiben. Zwischen dem Steuereid der Münchner Bürger, der aus dem vierzehnten Jahrhundert dokumentiert ist, und einer heutigen Forderung nach Steuerehrlichkeit besteht eine Linie, keineswegs schnurgrade, aber doch durchgehend. Im Prozess der politischen Willensbildung tauchen solche gut ausgestalteten Bilder aus der Geschichte als Stereotype auf, die Jahrhunderte überdauern können. Der Mensch baut das Haus, das Haus baut den Menschen, ähnlich kann man die Wechselwirkung zwischen den Bewohnern, die an der Stadt weiterbauen, und der prägenden Kraft, die von ihrer Produktion auf sie zu-

rückschlägt, ansehen. Reformpolitik muss sich im Verlauf solcher Wechselwirkungen auskennen, und dabei ist der Blick auf die Entstehungsgeschichte eine große Hilfe.

Wir hatten vorausgesetzt, dass sich in irgendeinem Winkel eine zusammenfassende Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt München finden lassen werde, aus der ohne große Umstände entnommen werden könnte, mit welchen Mitteln, Methoden, Bauten, Verordnungen, Dienstleistungen die öffentlichen Hand in das Wirtschaftsleben der Stadt eingegriffen hat und welche Begründungen dafür gegeben wurde.

Leider hat sich ein solches Werk nicht gefunden. An derseits gibt es zur Entwicklung der Stadtgesellschaft Münchens eine Vielzahl von Büchern und Aufsätzen, die nicht nur eine Masse von Daten enthalten, sondern auch hilfreiche Darstellungen und Interpretationen.

Im Rahmen unserer Studienreihe ist es vollkommen unmöglich, diese Masse von Informationen aufzubereiten. Wir wollten in unserer Orientierungsdiskussion trotzdem auf einen Blick in die Geschichte nicht ganz verzichten. Deswegen wollen wir so verfahren, dass ausgewählte Texte zur Beleuchtung der jeweils aufgeworfenen Fragestellung herangezogen werden, dies auch mit der Absicht, die Lektüre oder Verwendung jener Bücher zu fördern.

Für den folgenden Bericht wurden drei Bücher verwendet:

Die Aufsatzsammlung *Geschichte der Stadt München*. Hrg. Richard Bauer, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1992, ISBN 3406359469 Seitenverweise im folgenden unter GdSM. Dokumentiert wird auf Seite 21 das Inhaltsverzeichnis.

Die *Geschichte Münchens*, Richard Bauer, C.H. Beck, oHG München 2003, ISBN 3406510280. Seitenverweise im folgenden unter GM. Dokumentiert wird auf Seite 18 das Inhaltsverzeichnis, auf Seite 19 das Vorwort und auf Seite 23 der Abschnitt zum ersten Judenpogrom.

Die *Chronik der Stadt München*, Helmuth Stahleder, Verlag Dölling & Galitz, München - Hamburg (3 Bände) incl. CD, mehr auf Seite 2 dieser Beilage. Seitenverweise im Folgenden unter Chronik Bd. 1, PDF). Wir danken dem Verlag für ein Exemplar der Ausgabe auf CD (als PDF). Dokumentiert wird auf Seite 20/21 das Vorwort.



Stadt – Land – Fluss

Die Stadt München wird 2008 ihre auf das Jahr 1158 datierte Gründung feiern. Da wird es in der nächsten Zeit eine Menge von Ansichten zur frühen Vergangenheit zu lesen geben.

Für unsere Diskussion der Stadt als „wirtschaftender Verband“ ist interessant, ob bereits damals zwischen der „Stadt“ und den „Einwohnern“ eine Arbeitsteilung angelegt ist, die heute zwischen „öffentliche“ und „privat“ entwickelt zu besichtigen ist.

Gibt es damals bereits Vorgänge, die ansatzweise privatwirtschaftlicher Natur sind?

Neues in Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft

Der bei weitem überwiegende Teil des Wirtschaftsgeschehens entwickelt sich im Rahmen der Feudalordnung, die auf adliger Grundherrschaft und Abgabepflicht der Bauern beruht, denen man das Nötigste ihrer Produktion für den eigenen Bedarf lässt. Die Konzentration der landwirtschaftlichen Überschüsse in den Händen des Adels und der Geistlichkeit schafft Nachfragemacht. Es entstehen große Hofhaltungen, Bewaffnete werden ausgerüstet, entwickelte Waffen und Luxuswaren aus anderen Weltgegenden finden ihren Weg und wecken Bedürfnisse nach Produkten, die durch die herkömmliche Bauernarbeit nicht mehr hergestellt werden können und deswegen mit den probaten Mitteln – den Bauern wegnehmen – auch nicht mehr erworben werden können. Es sind Güter, die erhandelt, eingetauscht, bezahlt werden müssen.

Träger solcher neuen Unternehmungen sind zumeist Abkömmlinge der feudalen Klassen, oft Amtsträger an den großen Höfen, die zu Handelsherren werden. Wenn auch die Lebensweise adlig-herrschlich bleibt und erhandeltes Vermögen nicht selten in vornehmen Grundbesitz angelegt wird, erzeugt das neue, eben doch schon marktorientierte Wirtschaften gleichwohl neue Normen, die, eingebettet in die Feudalordnung, aus ihr herausragen. Die neue Wirtschaftsweise erzeugt auch ihren Ort: die Stadt des ausgehenden Mittelalters oder der ersten fruhbürglerlichen Zeit.

Obwohl das in diesem Sinne marktorientierte, bürgerliche Leben nur einen kleinen Teil des Wirtschaftsgeschehens formt, ist es doch gerade dieser Teil, der die Entwicklung von Ansiedlungen zu Städten antreibt.

Bereits in diesen allerersten Anfängen des bürgerlichen Handelns wird eine Beziehung zwischen den Chancen zur Reicherwerbung Privater und der Bereitstellung öffentlichen Einrichtungen erkennbar.

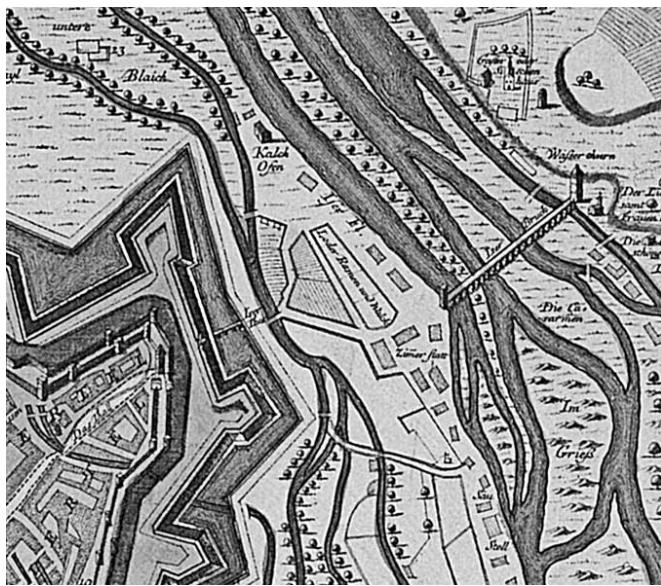
Salz

Der Platz München, taucht in den Urkunden 1158 auf (Chronik Bd. 1, PDF, S. 7). Er liegt an der Kreuzung eines uralten Salzweges vom Salzkammergut nach Westen hin mit dem Fluss- und Floßweg der Isar. Holz ist damals, wie wir uns auch heute noch leicht vorstellen können, in unserer Gegend der entscheidende Baustoff, Werkstoff und Energielieferant.

Aber Salz? Salz wird nicht nur in kleinen Mengen bei der Zubereitung der Speisen gebraucht. Es dient zur Konservierung von Fleisch, Fisch und anderen Lebensmitteln, z.B. Kraut, sowie zum Backen des Brotes. Jeder Haushalt des mittelalterlichen oder auch fruhbürglerlichen Zeitalters braucht den Stoff überlebensnotwendig.

Landwirtschaftliche Produkte fallen mit der Jahreszeit an. Was heute zu viel ist, mangelt morgen. Was heute geschlachtet wird, ist bald verdorben. Konservierungstechniken trennen den Zeitpunkt der Produktion bzw. Ernte von dem des Verbrauchs, diese Zeitspanne ermöglicht auch den Transport an entlegenere Ort. Überschüsse der landwirtschaftlichen





→ Produktion werden der Möglichkeit nach marktgängig.

Salz wird deswegen an der gesellschaftlichen Basis, im bürgerlichen Leben gebraucht, und es wird in großen Mengen und in Reinform gebraucht. Aber Salz kommt in dieser Form nicht überall vor, und wo es vorkommt, muss es mit aufwendiger Technik gefördert und aufbereitet werden. Der Stoff wird in Mengen gebraucht und hat weite Wege zu den Verbrauchern. Der Transport ist technisch aufwendig, die Grundherrschaften, die zu durchqueren sind, können Abgaben einziehen.

Wenn auch so gut wie jeder Haushalt jener Zeit als Abnehmer dieses Produktes in Frage kommt, so sind umgekehrt viele der Güter, die eine einfach gestrickte Landwirtschaft anbieten kann, für den Fernhandel uninteressant. Es entstehen Produktionsketten und Vermarktungszusammenhänge. Für die Organisation der Arbeitsteilung werden Preisrelationen der Produkte unentbehrlich. Das gemünzte Geld wird für den Warenausch immer wichtiger.

CHRONIK

Helmut Stahleder

„Chronik der Stadt München“ (3 Bände)

Verlag Dölling & Galitz, München - Hamburg

ISBN: 3-937904-14-x,

Preis 120 Euro (inklusive CD).

Die Bände können auch einzeln erworben werden (Einzelband je 49,80 Euro, CD 29,80 Euro).

Dokumentiert:

Vorwort

Wenig bekannt ist die Tatsache, daß die Stadt München bis auf den heutigen Tag eine eigene Chronik führt und dafür einen Stadtchronisten beschäftigt. Dem ausdrücklichen Wunsch König Ludwigs I. entsprechend, beschloß der Magistrat 1845 die Anlage eines „Jahrbuches“, das sogleich bis 1818 zurückgearbeitet wurde. Das Jahr 1818 war den Münchner Stadtvätern deshalb von einiger Wichtigkeit, weil damals eine neue Bayerische Gemeindeordnung erstmals wieder relativ selbständige Kommunen begründet hatte. Alle für das Stadtleben bedeutungsvollen Ereignisse wurden nun Tag für Tag akribisch erfaßt und den handgeschriebenen Aufzeichnungen des Chronisten über dies historische Materialien wie Flugschriften, Wahlplakate, Pläne, Bilder usw. beigegeben. Diese städtische Chronikführung lag zuerst in der Hand von Ulrich von Destouches, seit 1864 war damit dessen Sohn Ernst von Destouches betraut. Bis zum Ersten Weltkrieg war bereits ein einzigartiges Werk von rund 500 dickleibigen Folio-bänden entstanden, die, unterteilt in Text- und Beilagenbände, die Stadtentwicklung Münchens im 19. Jahrhundert exakt und anschaulich zugleich festhielten. Nach dem Tod des Ernst von Destouches 1916 wurde die Stadtchronik modernisiert, wobei die nun maschinenschriftlich erstellten Textbände stärker als Münchner Presseespiegel in Erscheinung traten, während die Materialflut der bisherigen „Chronikbeilagen“ jetzt in eigenen archivischen Sammlungsbereichen (Foto-, Plakat-, Karten- und Plan-sammlung) gebändigt wurde. Eine Veröffentlichung dieses stadthistorischen Schatzes

So regen die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus der Salztechnologie ergeben, die Arbeitsteilung, den Handel, die Entwicklung von Produktionstechniken und schließlich auch die Herausbildung der politischen Ordnung an.

Der Brückenstreit ...

Die Isar, zu jener Zeit ein unberechenbares, „wild, gewaltig“ Wasser, bildet eine natürliche Sperre der von Osten nach Westen verlaufenden Handelswege, nur wenige Stellen eignen sich zur Überführung schwerer Lasten. So wie das räumlich konzentrierte natürliche Vorkommen des Salzes der Grundherrschaft des Salzkammergutes eine Monopolstellung schafft, ermöglicht die Isar mit ihren wenigen Übergangsmöglichkeiten eine spezifische Kombination von Wirtschaft und Politik:

Dem Handel wird ein technisch und politisch sicherer Übergang geboten, später kommt es zu ausdrücklichen Verboten, Salz an anderer Stelle über den Fluss zu schaffen. (Chronik Bd.1, PDF S. 100).

Der unwegsame Naturcharakter der Isar erleichtert die Kontrolle des ganzen Flusslaufs.

Dort, wo sich der Fluss zwischen dem steilen Hochufer im Osten und niedrigeren, aber überschwemmungssicheren alten Kiesterrassen im Westen verbreitert (GM S. 10), können die Flussarme überwunden werden. Hier können die Flöße anladen, hier kann die Brücke gebaut werden, hier entsteht München. Es hätte auch andere geeignete Plätze gegeben.

In dem berühmten Brückenstreit zwischen dem Bischof von Freising (Brücke bei Föhring) und Heinrich dem Löwen (Brücke bei München) wird neben dem gewalttätigen Herrschaftsdrang feudaler Machthaber auch eine Motivschicht fröhlicher Rationalität sichtbar.

Die Kosten nicht nur für den Bau, sondern auch für den laufenden Unterhalt eines Brückenwerks sind in jener Zeit sehr hoch.

Auch drängen die praktischen Bedürfnisse des Austauschs zur Konzentration des Handelsgeschehens auf einem Platz, an dem alle Waren aufgefahren werden können und zum Vergleich dastehen, an dem feste Bräuche und einheitliches Handelsrecht das Geschäft erleichtern und an dem schließlich eine

zes wurde vom Stadtarchiv bislang nur für die Jahre 1945 bis 1948 gewagt, wobei schon für diesen relativ kurzen Zeitraum ein stattlicher Band entstand. Es besteht nun die Absicht, den Münchnerinnen und Münchnern die gesamte Abfolge der im Stadtarchiv aufbewahrten Jahrbücher in einer sorgfältig ausgewählten und auf mehrere Bände verteilten Edition anzubieten. Denn das allgemeine Interesse für die Kleinteiligkeit historischer Entwicklungen ist gegenwärtig so groß wie nie zuvor, und auch die Bereitschaft der Leser, sich aus einer Fülle von unterschiedlichen Informationen ein eigenes Geschichtsbild zu formen, ist im Wachsen. Schon bei der täglichen Zeitungslektüre verbinden sich höchst divergente und zudem verschiedenen gewichtete Nachrichten miteinander, die von der Politik und der Kultur über das Stadtleben bis hin zum Wetter reichen. Diese Spiegelung von Besonderheiten und Alltäglichkeiten in den Medien bildet eine wichtige Ergänzung des individuellen Erinnerns und damit des persönlichen Geschichtsbewußtseins. Es steht außer Frage, daß die in einer Chronik ausschließlich am Datum orientierte Reihung des überlieferungswürdigen Geschehens gerade deshalb einen so hohen Reiz auf den Geschichtsfreund ausübt, weil sie inhaltliche Schwerpunktsetzungen weitgehend offenhält und dadurch dem Grundbedürfnis menschlicher Neugierde gerade für scheinbare Nebensächlichkeiten entgegenkommt. Zwangsläufig stellte sich bei allen Überlegungen zu einer zweckmäßig Münchner Chronikedition auch die Frage nach der Wiedergabe des chronikalisch nicht erfaßten Zeitraumes vor dem Jahr 1818. Ich kam zu dem Schluß, daß eine Veröffentlichung städtischer Annalen die ältere Stadtverfassung bis zu den Umbrüchen der Montgelas-Zeit nicht ausblenden dürfe. Dies um so mehr, als sich bei der 1992 von mir veröffentlichten „Geschichte der Stadt München“ immer wieder herausstellte, daß viele der in historischen Darstellungen zitierten Daten und verwendeten Informationen gerade zur älteren Stadtentwicklung nicht „quellengerecht“ sind und zu hartnäckigen Fehlinterpretationen Anlaß geben. Hier sah sich das Stadtarchiv in seiner ureigensten Kompetenz gefordert. So mußte an den Anfang des Unternehmens eine nachträgliche Stoffsammlung mit Chronik-Charakter treten, ein Umstand, der mit der direkten Chronikführung seit 1845 kontrastiert, andererseits aber in der Rekonstruktion der Chronik für die Jahre 1818 bis 1845 einen Vorlauf hat. Wie sehr auch immer die wissenschaftlich reflektierte Zusammenfassung von Ereignissen ex post der

einheitliche Währung, in unserem Fall die Münchner Münze, allgemein anerkanntes Zahlungsmittel ist. Der politische Machthaber, der die Konzentration des Geschehens auf einen einzigen Platz durchsetzte, konnte die Gewerbeinteressen hinter sich scharen.

... Problem ...

Die großen Hofhaltungen der Feudalzeit entwickeln sich häufig an den Bischofssitzen, die kulturelle und politische Zentren der Gegend sind. So versuchte auch die Freisinger Bischofskirche, „Ertragskraft von Handel und Gewerbe im Raum des Bistums allein den Interessen des Bischofs unterzuordnen“. (GdSM, S. 22) Der Bischof von Freising brachte einen alten Salzweg mit Isarquerung bei Föhring unter seine Kontrolle und richtete dort Zollbrücke, Salzhändelsplatz und Münze ein. Damit hatte der Bischof Rechte, die von der politischen Macht zu verleihen waren, an sich gezogen.

Heinrich der Löwe ist Herzog von Sachsen und Braunschweig. Seine Macht beruht auf riesigen Landbesitzungen in Norddeutschland, vor allem im Raum des heutigen Niedersachsens, Sachsen-Anhalts und Sachsen, wo sich neben großen Salz- auch Silbervorkommen finden. Er sieht die Schwächen der rechtsrechtlichen Position der Freisinger Kirche, verschafft sich politischen Rückhalt beim Kaiser, ruiniert die Freisinger Einrichtungen bei Föhring und errichtet sie unter seiner Kontrolle am Ort München. Der Streit kommt vor den Kaiser. Ort der Verhandlung ist Augsburg. Am 14. Juni 1158 wird entschieden: Ort des Marktes wird München.

... und Lösungskompromiss

Aber: Der Freisinger Bischof erhält ein Drittel der dort anfallenden Zölle, Marktabgaben und Münzgewinne. 1176 verweigert der Herzog von Bayern und Sachsen dem Kaiser Friedrich Barbarossa die Heeresfolge bei dessen Italienfeldzug. 1180 verliert Heinrich der Löwe deswegen die Herzogslehen Sachsen und Bayern, er übersiedelt mit der gesamten Familie nach England (www.welfen.de). →

zeitgleichen Beobachtung und Beschreibung „atmosphärisch“ unterlegen ist, so kann sie deshalb dennoch nicht als zweitrangig eingestuft werden. Auch die antike und mittelalterliche Annalistik verknüpft „Zeitgeschichte“ mit weitreichenden Rückblicken. Das entscheidende Kriterium für einen Ansatz 1157/58 war natürlich das hochgesteckte Ziel einer auf über achthundert Jahre ausgedehnten Einheit von quellengestützten Daten und Fakten zur Stadtgeschichte. Grundlage der bis auf Heinrich den Löwen zurückgearbeiteten Chronik sollten Einzelurkunden und zeitgenössische Notizen – wie z. B. die im 14./15. Jahrhundert beginnenden Ratssatzungen, Ratsprotokolle und Kammerrechnungen – sein, daneben aber auch selbstverständlich die quellengestützten Ergebnisse der seriösen wissenschaftlichen Literatur. Es hat sich gezeigt, daß diese streng an den Quellen orientierte Rekonstruktion historischer Gegebenheiten und Ereignisse bereits bei den ersten Jahrhunderten der Stadtentwicklung zu Umdatierungen und darüber hinaus zu manchen Korrekturen des offiziellen Geschichtsbildes führen wird. Der nun vorliegende erste Band, dessen Bearbeitung der seit vielen Jahren im Stadtarchiv tätige Helmuth Stahleder übernommen hat, und alle noch folgenden Bände dieser Münchner Chronikedition verstehen sich in erster Linie als Quellenbücher, die der Forschung den Weg weisen. Daneben sollen sie aber auch stets Lesebücher für jedermann sein. Mein Dank gilt zuallererst Herrn Stahleder, der sich mit exemplarischer Gewissenhaftigkeit der Mühsal der Texterstellung unterzog, daneben auch seinem jungen Kollegen Herrn Horst Gehring, der bei der Textgestaltung eine unverzichtbare Hilfe war. Danken möchte ich an dieser Stelle auch ausdrücklich Herrn Thomas Kniffler vom Heinrich Hugendubel Verlag, der die auf mehrere umfangreiche Bände projektierte Chronikdition des Stadtarchivs spontan als verlegerische Pflichtaufgabe definierte und das Erscheinen dieses ersten Bandes in jeder Weise förderte. Ein herzliches Dankeschön geht an die Münchner Stadtsparkasse, die mit einer namhaften Summe zur Finanzierung dieses Werkes beitrug.

Richard Bauer
Direktor des Münchner Stadtarchivs

Geschichte der Stadt MÜNCHEN

Herausgegeben
von Richard Bauer

Mit Beiträgen von Elisabeth Angermair
Richard Bauer, Manfred Döbereiner
Ulrike Haerendel, Hans-Joachim Hecker
Manfred Peter Heimers, Reinhard Heydenreuter
Nina Krieg, Lorenz Maier
Christine Rädlinger, Wilfried Rudloff
Ingo Schwab, Helmut Stahleder
Ralf Zerback

Inhalt

Vorwort	7
VOM MARKT ZUR STADT – Herrschaftsinhaber und Führungsschichten 1158 bis 1294 von Lorenz Maier	13
RESIDENZ- UND BÜRGERSTADT – Münchens Weg zur relativen Selbstständigkeit 1294 bis 1365 von Manfred Döbereiner	61
DIE GROSSE KRISE – Finanzielle Probleme und Verfassungskämpfe 1365 bis 1403 von Christine Rädlinger	97
KONSOLIDIERUNG UND AUSBAU DER BÜRGERLICHEN STADT – München im 15. Jahrhundert von Helmut Stahleder	120
UM GLAUBE UND RECHT – Die «fürstliche» Stadt 1505 bis 1561 von Hans-Joachim Hecker	148
ZEITEN DER TEUERUNG – Versorgungsprobleme in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts von Ingo Schwab	166
DER MAGISTRAT ALS BEFEHLEMPFÄNGER – Die Disziplinierung der Stadtbrigade 1579 bis 1651 von Reinhard Heydenreuter	189
DIE STRUKTUREN EINER BAROCKEN RESIDENZSTADT – München zwischen Dreißigjährigem Krieg und dem Vorabend der Französischen Revolution von Manfred Peter Heimers	211
STADT UND STADTVERFASSUNG IM UMBRUCH – Niedergang, Ende und Neubegründung kommunaler Eigenständigkeit 1767 bis 1818 von Richard Bauer	244
UNTER DER KURATEL DES STAATES – Die Stadt zwischen dem Gemeindeedikt von 1818 und der Gemeindeordnung von 1869 von Ralf Zerback	274
MÜNCHEN ALS SÜDDEUTSCHE METROPOLE – Die Organisation des Großstadtausbaus 1870 bis 1914 von Elisabeth Angermair	307
NOTJAHRE – Stadtpolitik in Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise 1914 bis 1933 von Wilfried Rudloff	336
DAS RATHAUS UNTERM HAKENKREUZ – Aufstieg und Ende der «Hauptstadt der Bewegung» 1933 bis 1945 von Ulrike Haerendel	369
«SOLANG’ DER ALTE PETER . . . » – Die vermeintliche Wiedergeburt Alt-Münchens nach 1945 von Nina Krieg	394
DIE «WELTSTADT MIT HERZ» – Ein Überblick 1957 bis 1990 von Nina Krieg	413
Abkürzungsverzeichnis	424
Anmerkungen	425
Ausgewählte Literatur	493
Register	521
Fotonachweis	540

ISBN 3 406 35946 9

© C. H. Beck’sche Verlagsbuchhandlung (Oscar Beck), München 1992
Gesamtherstellung: Kösel, Kempten
Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
gemäß der ANSI-Norm für Bibliotheken
Printed in Germany

→ In dieser Situation gelingt es dem Freisinger Bischof, den Rechtstitel zurückzugewinnen. „Das erneuerte Zoll-, Markt- und Brückenregal Freisings hätte theoretisch zu einer dauernden Aufgabe und Zerstörung der Münchner Handelsanlagen führen können ... was von den Zeitgenossen auch tatsächlich befürchtet wurde.“ (GM, S. 24) Es kommt jedoch zu einer gemeinsamen Nutzung der Münchner Einrichtungen durch den Freisinger Bischof und den neuen wittelsbabischen Bayernherzog Otto, der auch Bischofsvogt ist, d.h. die weltlichen Befugnisse dieses geistlichen Machthabers ausübt.

Konsequenzen für die Stadt

Für die Entwicklung der Stadt maßgeblich war demnach eine glückliche Lage im Land, die Bereitschaft, auf die wirtschaftlichen und politischen Erfordernisse der Zeit einzugehen, ein solides Angebot technischer Dienste, Finanzdienstleistungen und geordneter Marktabläufe. Aber das alles hät-

te nicht gereicht: Letztlich war es die Entscheidung der Obrigkeit für genau diesen Platz. So kommt es zur Stadt München. Andere Orte haben sich aus dem Sitz eines Bischofs herausentwickelt und sind in ihrer politischen Geschichte durch Kämpfe zwischen dem Bürgertum und dem Bischof bestimmt.

Diese Differenzierung der geistlichen von der weltlichen Macht entwickelt sich in unserem Falle in örtlicher Distanz, eine Konstruktion, die letztlich zu einer besonders engen Verbindung der Stadt mit der Kirche führte.

Jedenfalls ist München in diesem Sinne eine Gründung, die, gewaltsam neben der Kirchenherrschaft eingerichtet, schnell ein Auskommen mit der alten Ordnung findet. Schließlich wird die Siedlung zur Residenz des Geschlechtes der Wittelsbacher, die als Markgrafen und Vögte des Bischofs von Freising hochkommen und wohl nicht zuletzt durch ihre Entscheidung für München aus dem Schatten des Bischofs heraustreten und zum Herzogshaus Bayerns werden.

Auf Kies gebettet

München entsteht als Fernhandelsplatz, Residenzstadt wird der Ort erst 1253 (Chronik Bd. 1, PDF, S. 23). Diese besondere Herkunft führt zu einem ungewöhnlichen Merkmal der Lage. Die Stadt wird auf einer Kiesbank, auf schlechten Böden errichtet. Das macht der großen Zahl der Einwohner das Leben schwer. Auch die handwerkenden Einwohner müssen Nebenerwerbslandwirtschaft betreiben und auf den schlechten Böden „verdirbet mannig erber Mann“ (GM, S. 12).

Das ist eine Konstellation, die der Stadt die Entwicklung von Handel und Gewerbe vorschreibt. Anderswo können sich auf reichen Böden beschauliche Ackerbürgerstädte herauschälen und jahrhundertelang, um einen kleinen Herrensitz und eine reiche Pfarrei gruppiert, vor sich hin schlummern. Die Stadt im harten Kiesbett kann das nicht. Sie muss ihren Blick auf die Entwicklung von Handel und Gewerbe richten.

Öffentliche Ordnung

Der Salzhandel kann nur florieren, wenn die weiten Handelswege und die kleinräumigen Verteilungswände sicher sind. Handelsmärkte locken den Diebstahl und das unlautere Geschäft. Die Bürger der Ansiedlung sind an der Ausübung der Herzogsmacht lebhaft interessiert und folgen ihrem Herzog in seine Fehden und Feldzüge. Sie ertragen die erheblichen Einnahmen, die Herzog und Bischof aus dem Ort ziehen, und den herzoglichen Richter, der über ihre Köpfe richtet.

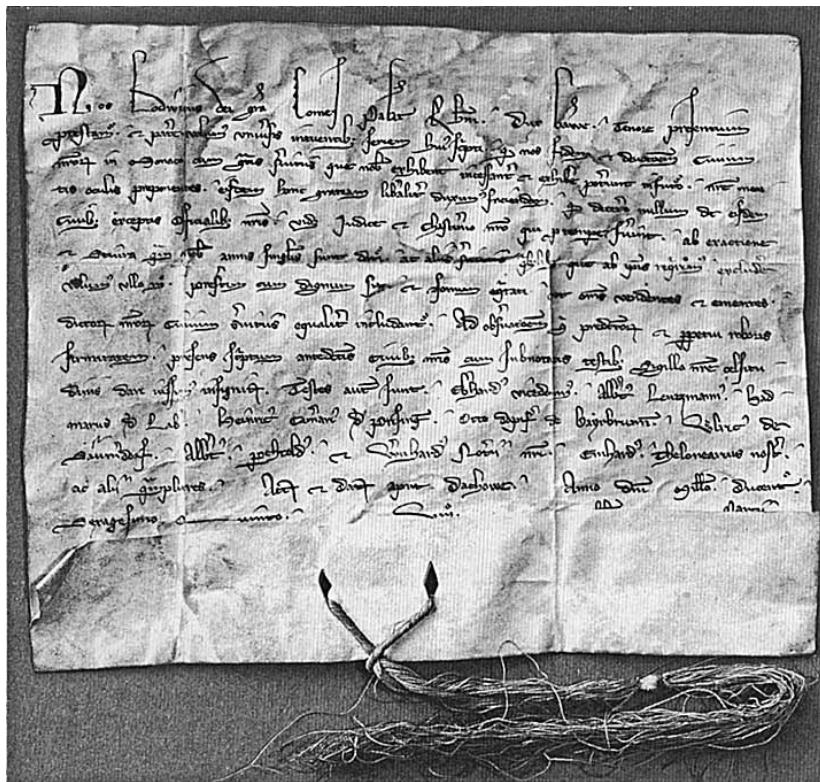
Das Band der Kirche hält die Bürgerschaft in einer Bekenntnisgemeinschaft zusammen. Ihre Gemeinschaftsinteressen drücken sich in der Bereitschaft aus, eine Mauer nicht nur zu errichten, sondern auch jederzeit zu verteidigen.

Öffentliche Leistungen

Neben diesen Einrichtungen der politischen Verwaltung wird die Struktur der Stadt durch eine Vielzahl technischer Einrichtungen geprägt.

Da sind zuallererst die Brückenbauten über die Isararme, Anlandestellen für die Flöße, Marktplätze und Speicher. Es besteht eine Vielzahl von Wasserbauten, Kanälen usw., die dem Gewerbe Energie liefern und Unrat aus der Stadt schwemmen.

Für die Bedürfnisse des Fernhandels sind



2. Herzog Ludwig II. verpflichtet sich, keinen Bürger von der Steuer zu befreien, ausgenommen seinen Richter und seinen Kastner, 22. Februar 1265.



Text des Steuereides aus einem Amtsbuch des 14. Jahrhunderts. Die als Schwurgemeinschaft auftretende Münchner Bürgergemeinde war gegenüber ihrer Stadt zu vielfältigen Diensten und Leistungen verpflichtet. Die Steuerehrlichkeit war stets ein wichtiger Faktor.

Abb. oben: GdSM S. 49
Abb. unten: GM S. 32

Speicherkapazitäten zu schaffen. Besondere Einrichtungen für spezielle Gewerbe, so Bleichwiesen für die Tuchherstellung, gibt es in breiter Vielfalt.

Für eine nähere Betrachtung würde sich das Tauziehen um die Salzstadel anbieten, das sind Orte, an denen das auf den Fernhandelswegen herangeführte Salz niedergelegt wird, um vermarktet zu werden. Im Unterschied zu anderen Salzhändelssälen im Lande waren in München diese Stadel zunächst „privat“, d.h. in der Hand der großen Handelsherrschaften, dann städtisch (Chronik, Bd. 1, PDF S. 215).

Soziale Einrichtungen

Da sich in der Stadt die sippsschaftlichen Bindungen lockern, die in der Feudalgesellschaft den Einzelnen Rückhalt gaben, werden Einrichtungen zur Fürsorge nötig. Sie werden durch Schenkungen und durch fromme Stiftungen finanziert, was einer Steuerfinanzierung ähnelt.

Auf dem Gasteig, das ist damals weit außerhalb der Mauer und jenseits der Brücke, ist ein Leprosenhaus zur Unterbringung dieser damals unheilbar Kranken dokumentiert.

Die Stadt wird zur Stadt

Aus dem Jahre 1265, also hundert Jahre nach dem ersten Auftauchen des Platzes in den Urkunden, ist ein Dokument erhalten, in dem sich der Herzog Ludwig II. verpflichtet, keinen Bürger von der Steuer zu befreien, ausgenommen seinen Richter und seinen Kastner (Zoll und Steuerbeamter), (GdSM S. 49). Aus dem 14. Jahrhundert erhalten ist eine Urkunde zum Steuereid. „Die als Schwurgemeinschaft auftretende Münchner Bürgergemeinde war gegenüber ihrer Stadt zu vielfältigen Diensten und Leistungen verpflichtet. Die Steuerehrlichkeit war stets ein wichtiger Faktor.“ (GM S. 32)

So wie auf der Seite der Herrschaft die Entzweigung von Kirche und politischer Macht, die als ein Motiv im Hintergrund des Brückenstreites erkennbar ist, berechnend aufgefangen wird durch Beteiligung der alten geistlichen Macht an den neuen Quellen des Reichtums, sucht die Bürgerschaft eine Aufgabenteilung mit der herzoglichen Macht, die im Land gilt, die ihrem Handel sichere Wege verspricht und die das Monopol des Salzhandels gewährleistet.

Wenn der Herzog 1265 das Recht der Städter anerkennt, Steuern zu erheben, so zeigt dies namentlich zusammen mit dem (freilich erst aus etwas späterer Zeit dokumentierten) Steuereid, dass es Bürger gibt, die eigene, in diesem strikten Sinn private Einkünfte haben, aber durch Gemeinschaftsinteressen verbunden sind, zu deren Befriedigung man zusammensteuern muss. Das Geldverhältnis zwischen den „Privaten“ und der „öffentlichen Hand“ geht auf Bedürfnisse dieses privaten Betriebs zurück, die nur durch öffentliches Agieren befriedigt werden können. Von Bedeutung ist, dass diese neuen Bedürfnisse nicht auf dem Weg über die politische Spitze, Herzog und Kaiser, definiert und finanziert werden, sondern auf dem kurzen Wege der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Residenz kommt in die Stadt

Die Chronik der Stadt München berichtet: „1255 März 28, Ostersonntag: Um diese Zeit beschließen die beiden herzoglichen Brüder Ludwig II. und Heinrich XIII., das Land Bayern unter sich zu teilen. Das ist die sogenannte erste bayrisch-pfälzische Landesteilung. Das Oberland fällt dabei an Ludwig, das Unterland an Heinrich. Es gibt darüber nur Chronistenberichte, in erster Linie den des Abtes Hermann von Niederalteich. Darüber hinaus wird die Teilung durch die Fakten der folgenden Zeit bestätigt. Diese Teilung führte dazu, daß Ludwig offensichtlich bald danach daran ging, sich in München einen Wohnsitz auszubauen, und man datiert deshalb mit gewissem Recht, obwohl es auch hierfür keine Quellen gibt, den Bau des Alten Hofes in die Zeit ab 1255. München wird in der Folgezeit zu einem wiederholt in Anspruch genommenen Aufenthaltsort des Herzogs und seiner Familie. Es gibt daneben jedoch noch lange Zeit eine ganze Reihe wei-

Bürgerschaftliche Verselbständigung und erstes Judenpogrom

Innerhalb der ab 1260 erweiterten Stadt München gruppierte sich um den Stadtrichter eine kommunale Schwurgemeinschaft von patrizischen Besitzbürgern, die sich 1286 erstmals als «Rat» definierte. Ihre Kompetenz war und blieb freilich sehr eingeschränkt. Wichtigste Aufgabe war gemäß ihrer bis zum Ende des Alten Reiches gültigen Eidformel die Unterstützung der Stadtherrschaft; erst an zweiter Stelle folgte die pflichtgemäße Vertretung stadtürgerlicher Interessen. 1294 erließ Herzog Rudolf I. (1294–1317) ein erstes Münchner Stadtrecht, das keine Verweise mehr auf Positionen des Freisinger Bischofs kannte, dafür aber bereits deutlich die Mitbestimmung kommunaler Verantwortungsträger berücksichtigte.

Der Einfluß der Juden in München scheint bereits im 13. Jahrhundert von großer Bedeutung gewesen zu sein: Ihre Gemeinschaft hat den Charakter der Stadt als eines über den bloßen Salzstapel hinausgehenden süddeutschen und bald auch internationalen Handelsplatzes mit ausgeformt. Ähnlich wie in der 1204 von den Wittelsbachern gegründeten niederbayerischen Stadt Landshut, wo der jüdische Beitrag belegt ist, gaben die über ein verzweigtes Kreditsystem verfügenden Juden auch in München einen entscheidenden Impuls für die Funktionsfähigkeit von Fernhandel und Geldmarkt. Ihr Engagement für den Wohlstand der Stadt dürfte ihnen aber schnell zum Verhängnis geworden sein. Aus dem Jahr 1285 ist ein großes Münchner Pogrom überliefert, dem mindestens 60 jüdische Menschen zum Opfer fielen. Fadenscheiniger Vorwand war ein frei erfundener Ritualmord an einem Kind. Es handelt sich dabei um eine Wanderlegende, deren sich immer dann bedient wurde, wenn es um die Plausibilität von Volkszorn ging. Tatsächlicher Hintergrund des Pogroms dürfte jedoch die Zahlungsunwilligkeit hochadeliger und patrizischer Kreditnehmer gewesen sein.

Wo die erste jüdische Gemeinschaft Münchens angesiedelt war, bleibt unklar. Der Nachweis einer Synagoge in der Gruftgasse (heute Bereich des Marienhofes) datiert erst aus dem frühen 15. Jahrhundert.

terer bevorzugter Residenzen, etwa Dachau, Wolfratshausen, Vohburg usw. Von einem Daueraufenthaltsort München kann man nicht vor dem Amtsantritt von Herzog Rudolf (1294) sprechen.“ (Chronik Bd. 1, PDF S. 33)

Mit der Verfestigung der Stadt zur Residenzstadt kann ein weiterer Aufschwung einsetzen, der sich aus der Nachfrage erklärt, die der Hof repräsentiert. Diese Nachfrage beruht ökonomisch auf der Aneignung des landwirtschaftlichen Mehrproduktes durch Adel und Geistlichkeit. Das Rechtssystem, das diese Einkünfte legitimiert, fällt mit der Rechtsordnung, die zur Regulierung marktorientierten Wirtschafts benöötigt wird, auseinander.

„Bürgerschaftliche Verselbständigung und erstes Judenpogrom“

Unter dieser Überschrift geht Richard Bauer in seiner Geschichte Münchens (GM S.33, siehe auch Kasten oben) auf das Ereignis ein. Die Vorstellung, dass die Stadtbevölkerung 1285, kaum zu Selbstbewusstsein gekommen, ihr Gemeinschaftsgefühl dadurch unterstreicht, dass sie einen Bevölkerungsteil ausgrenzt und umbringt, ist bestürzend. Bauer vermutet, dass zahlungsunwillige, hochadlige und patrizische Kreditnehmer Volkszorn entfacht hätten. Auch wenn es so verlaufen ist, bleibt die Frage übrig, welche Momente im fröhlingerlichen Gemeinschaftsgefühl auf diese Weise angesprochen werden konnten.

Die bürgerliche Gemeinschaft jener Zeit ist vor allem Schwur- und Gesinnungsgemeinschaft, und für die Darlegung der Inhalte des Glaubens ist die Kirche zuständig. Eine Untersuchung, welche Konstruktionsmängel der kirchlichen Lehre den Umschlag gemeinschaftsstiftender Gebote in Religionskrieg und -bürgerkrieg ermöglichten, könnte zur Erklärung dieses düsteren Phänomens beitragen.

Berichterstattung: Martin Fochler

21. Oktober. Berlin, Dortmund, Frankfurt, München, Stuttgart.

Soziale Politik? Das geht besser. Aber nicht von allein! Protestdemonstrationen des DGB gegen die große Koalition.

26./27. Oktober, Berlin. Wasser: Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes – Chance oder Gefahr für eine nachhaltige Entwicklung? 2. internationale Nachhaltigkeitskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Privatisierung der Wasserversorgung in Europa und Lateinamerika.

3. bis 5. November, Berlin. Die LINKE führt in Zusammenarbeit mit der RLS ein *Nahost-Treffen* durch, an dem sich Linke aus Israel, Palästina und Europa beteiligen.

4. November, Hannover. *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

4./5. November, München. *Workshop Kurt-Eisner-Verein und Rosa-Luxemburg-Stiftung: Konservative Leitbilder und linke Kritik.* Die Linke grenzt sich zwar stets erfolgreich vom konservativen Lager ab, versucht aber nur selten zu begreifen, wie Konservatismus funktioniert. Der Workshop beschäftigt sich mit konservativen Parteien, Milieus und Leitbildern in Deutschland. *Samstag, 4.11.2006, 19 Uhr: I. Was ist Konservatismus?* Podium mit: – Dr. Gerhard Hirscher (Hans-Seidl-Stiftung), – Martin Fochler, Kurt-Eisner-Verein, München, – Dr. Harald Pätzold, Linkspartei.PDS, Berlin, – Dr. Lutz Brangsch, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. *Sonntag, 5.11.2006, 10 Uhr: II. Linke Argumente und konservative Hegemonien.* Podium mit: – Siegfried Benker, B90 Die Grünen, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat der LH München; – Fritz Schmalzbauer, WASG-Bundesvorstand; – Stephan Dünnwald, Bayerischer Flüchtlingsrat – Angefragt: Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB-Bezirks Bayern. Ort: EineWeltHaus, Schwanthaler Strasse 80, 80336 München.

4. November, Augsburg. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS Bayern.*

16./17. November. Innenministerkonferenz. Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge.

18./19. November, Ort noch offen. 4. Parteitag der WASG. Mit Wahlen zum Bundesvorstand.

18./19. November, Tübingen. *IMI-Kongress: Staat im Krieg – Krieg im Staat: Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt*. Veranstaltungsort: Alten- und Begegnungsstätte Hirsch, Hirschgasse 9, Tübingen. Mit dem diesjährigen Kongress hat sich die Informationsstelle Militarisierung e.V. zum Ziel gesetzt, Ursachen, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Expansion des Militärischen in der Außen- und Innenpolitik zu analysieren. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Auswirkungen der zunehmend militärisch abgesicherte Ausschluss großer Teile der (Welt)Bevölkerung von politischen Entscheidungen, Rechten und gesellschaftlich produziertem Wohlstand hat. Diese Entwicklungen führen zu einem auf erlosen äußeren Militarismus, ja sogar einer Wiederkehr kolonialer Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen. Hiermit wird die Welt in einen permanenten Ausnahme- und Kriegszustand versetzt, der wiederum die innere Verfasstheit der kriegsführenden Staaten ändert.

27./28. November, Dresden. *CDU-Parteitag*, Wahl des Vorstands.

29. November, Berlin. *Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe.* Die Konferenz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von deutschem Staat und Neofaschismus. Kompetente Referentinnen und Referenten setzen sich kritisch mit ausgewählten Aspekten staatlichen Handelns und der zugrundeliegenden politischen Haltung auseinander. Mit Dr. Ralf Feld-

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Frühj.	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
2009	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamm.	Bundespräs		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quellen: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>

mann (Richter am Bochumer Amtsgericht, angefragt): „Aktuelle juristische Probleme der Auseinandersetzung mit Neo-faschismus“ • Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte): „Das Dilemma der ‚wehrhaften Demokratie‘ am Beispiel Verfassungsschutz und NPD-Verbotsverfahren“ • Brigitte Pothmer (MdB Bündnis 90/Die Grünen): „Parlamentarische Initiativen gegen Rechts“ • Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher VVN-BdA): „Die staatliche Variante des Geschichtsrevisionismus“ • Frank Brendle (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ulla Jelpke): „Traditions- und politisches Selbstverständnis der Bundeswehr“ • Bernhard Müller (Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“): „Der Staatsumbau und seine ideologischen Folgen“ 13 bis 18 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Eintritt: 5/3 Euro. Veranstalter: VVN-BdA, DRAFD, KFSR und Lagergemeinschaften, Rosa-Luxemburg-Stiftung.